

CLIMATE CHANGE

03/2017

Bürgerdialog „World Wide Views on Climate and Energy“ im Vorfeld der COP 21 in Paris 2015

CLIMATE CHANGE 03/2017

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3715 11 111 0
UBA-FB 002378

Bürgerdialog „World Wide Views on Climate and Energy“ im Vorfeld der COP 21 in Paris 2015

von

Dr. Angela Jain
nexus Institut, Berlin

Dr. Antoine Vergne
Missions Publiques, Paris

Christian Kusch
nexus Institut, Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

nexus Institut für Kooperationsmanagement und
interdisziplinäre Forschung GmbH
Otto-Suhr-Allee 59
10585 Berlin

Abschlussdatum:

Mai 2016

Redaktion:

I 2.1 Internationaler Klimaschutz
Judith Voß-Stemping

Publikationen als pdf:

[http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/\[XXXX\]](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/[XXXX])

ISSN 1862-4359

Dessau-Roßlau, Januar 2017

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl 3715 11 111 0 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Globale Fragen wie der Klimawandel und die Sicherung der Energieversorgung werden von Staats- und Regierungsverantwortlichen auf internationaler Ebene verhandelt, ohne aber die individuell Betroffenen, d.h. die Bevölkerung in den einzelnen Ländern, direkt einzubeziehen. Mit der von Dänemark und Frankreich in 2009 begonnenen Initiative für eine weltweite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern „World Wide Views“ (WWV) ist eine Möglichkeit geschaffen worden, der nicht organisierten Zivilgesellschaft eine Plattform zu bieten. Der methodische Kern dieses Beteiligungsprozesses ist, dass am gleichen Tag Bürgerinnen und Bürger aus möglichst allen Vertragsstaaten zunächst über den Stand der internationalen Verhandlungen informiert werden und anschließend über die verhandlungsrelevanten Fragen diskutieren. Auf diese Weise bilden sie sich eine Meinung und geben anschließend individuell ihr Votum ab. Dieses weltweite Meinungsbild wird ausgewertet und den Akteuren der internationalen Verhandlungen in aggregierter Form vorgestellt.

Im vorliegenden Vorhaben standen die zentralen Themen der globalen Klimaverhandlungen der COP 21 und die Sicht der Bevölkerung Deutschlands im Mittelpunkt. Dazu wurde am 6. Juni 2015 in Berlin ein Bürgerdialog organisiert, der mehr als 70 zufällig ausgewählte Personen informierte, in einen Meinungsaustausch brachte und über die zentralen Fragen der Klimaverhandlungen abstimmen ließ. Am selben Tag konnten sich auf diese Weise Menschen insgesamt 76 Ländern in den Diskurs um die relevanten Fragen von Klimawandel und Klimaschutz einbringen. Im Ergebnis sollte die Diskussion das Stimmungsbild der Menschen widerspiegeln, die die Folgen des Klimawandels zu tragen haben. Da der Prozess in allen teilnehmenden Ländern auf dieselbe Weise durchgeführt wurde, entstand so innerhalb kurzer Zeit ein weltweites Meinungsbild der nicht organisierten Zivilgesellschaft. Dieses wurde in Form von Dokumentationen und Präsentationen veröffentlicht und in den internationalen Prozess eingebunden.

Abstract

Global issues such as climate change and the security of energy supply are covered by state and government leaders at the international level, but without involving the individuals concerned, i.e. the population of individual countries directly. With the initiative for global participation of citizens “World Wide Views” (WWV), started by Denmark and France in 2009, a chance was created in which to offer non-organised civil society a platform. The methodological core of this participation process is, that on the same day citizens from all possible contracting states would be initially informed on the status of international negotiations, and then would have a chance to discuss the negotiation-related issues. In this way they form an opinion and then vote individually. This global opinion is analysed and presented to the actors in the international negotiations in an aggregated form.

The central themes of the global climate negotiations of COP 21 and the perspective of the German population were the focus of this project. A citizen consultation was organised on 6th June 2015 in Berlin, which informed more than 70 randomly selected people, incited an exchange of views and allowed people to vote on the key issues of the climate negotiations. On the same day, people in a total of 76 countries could join in the discourse on the relevant issues of climate change and climate protection in the same way. As a result, the discussion should reflect the mood of those people who have to bear the consequences of climate change. Because the process was carried out in all participating countries in the same way, within a short time the global opinion of the non-organised civil society emerged. This was published in the form of documentations and presentations and integrated into the international process.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	8
Abkürzungsverzeichnis	10
Zusammenfassung	11
1.1 Hintergrund	11
1.2 Methode	11
1.3 Ergebnisse des Bürgerdialogs in Berlin	12
1.4 Fazit: Der World Wide View-Prozess als ein Instrument der (internationalen) Bürgerbeteiligung	19
Summary	22
1.1 Background	22
1.2 Methods	22
1.3 Results of the Citizen Consultation in Berlin	23
1.4 Conclusion: The World Wide View Process as an Instrument of (international) Citizen Participation	29
1 Einleitung: Globaler Bürgerdialog zu Klima und Energie	31
2 Der World Wide Views-Prozess	32
2.1 Die bisherigen World Wide Views-Bürgerdialoge	32
2.2 Die World Wide Views-Methode	33
2.3 Der Ablauf eines WWV-Bürgerdialogs	34
3 World Wide Views zu Klima und Energie 2015	35
3.1 Vorbereitung	35
3.1.1 Entwicklung der Inhalte	35
3.1.2 Einladung der Bürgerinnen und Bürger	35
3.2 Durchführung: Der Bürgerdialog am 6. Juni 2015	36
3.2.1 Ablauf: Themenrunden	37
3.2.2 Live-Schaltungen	38
3.3 Ergebnisse des Bürgerdialogs in Berlin	38
3.4 Vergleich der deutschen und weltweiten Ergebnisse	48
4 Kommunikation und Dissemination	52
4.1 Presseecho	52
4.2 Gemeinsame Sitzung der parlamentarischen Umweltausschüsse Deutschlands und Frankreichs	52
4.3 Vorverhandlungen in Bonn	52
4.4 Internationale Konferenzen	53

4.5	Internationaler Ergebnisbericht	53
4.6	COP 21 in Paris.....	54
5	Rückblick: Vergleich WWV-Themen und Pariser Klimaabkommen.....	54
6	Fazit: Der World Wide View-Prozess als ein Instrument der (internationalen) Bürgerbeteiligung	57
7	Quellenverzeichnis.....	59

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Ergebnis zur Frage „Wie besorgt sind Sie wegen der Folgen des Klimawandels?“ in Deutschland	13
Abbildung 2:	Ergebnis zur Frage „Welche der folgenden Ansätze bevorzugen Sie für umfangreiche Einschnitte in die Treibhausgasemissionen?“ in Deutschland	14
Abbildung 3:	Ergebnis zur Frage „Sollte ein Pariser Abkommen ein globales, langfristiges Ziel beinhalten, das eine Verringerung der Emissionen auf null bis Ende dieses Jahrhunderts vorsieht?“ in Deutschland	15
Abbildung 4:	Ergebnis zur Frage „Was wäre die beste Grundlage für die Festsetzung der nationalen Klimabeiträge?“ in Deutschland	16
Abbildung 5:	Ergebnis zur Frage „Sollten die Staaten das Recht haben, die Berichte über Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung wechselseitig zu kontrollieren?“ in Deutschland	17
Illustration 6:	Results to the Question “How concerned are you about the impacts of climate change?” in Germany.....	23
Illustration 7:	Results to the Question “Which of the following approaches do you prefer for making large-scale cuts in greenhouse gas emissions?” in Germany	24
Illustration 8:	Results to the Question “Should a Paris agreement include a global long-term goal for zero emissions at the end of this century?” in Germany	25
Illustration 9:	Results to the Question “What would be the best basis for setting the ambition of national climate contributions?” in Germany	26
Illustration 10:	Results to the Question “Do you think that countries should have the right to inspect each other’s reporting of mitigation and adaptation efforts?” in Germany.....	27
Abbildung 11:	Impressionen von WWV-Bürgerdialogen aus der ganzen Welt	33
Abbildung 12:	Der standardisierte Ablauf der WWV-Bürgerdialoge	34
Abbildung 13:	Ausschnitt aus einem der Informationsvideos	35
Abbildung 14:	Das Tagungswerk Jerusalem.....	36
Abbildung 15:	Der Veranstaltungssaal im Tagungswerk Jerusalem	37
Abbildung 16:	Ergebnis zur Frage „Wie besorgt sind Sie wegen der Folgen des Klimawandels?“ in Deutschland	39
Abbildung 17:	Ergebnis zur Frage „Welche der folgenden Ansätze bevorzugen Sie für umfangreiche Einschnitte in die Treibhausgasemissionen?“ in Deutschland.....	40
Abbildung 18:	Ergebnis zur Frage „Sollte ein Pariser Abkommen ein globales, langfristiges Ziel beinhalten, das eine Verringerung der	

	Emissionen auf null bis Ende dieses Jahrhunderts vorsieht?“ in Deutschland	41
Abbildung 19:	Ergebnis zur Frage „Was wäre die beste Grundlage für die Festsetzung der nationalen Klimabeiträge?“ in Deutschland	42
Abbildung 20:	Ergebnis zur Frage „Sollten die Staaten das Recht haben, die Berichte über Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung wechselseitig zu kontrollieren?“ in Deutschland	43
Abbildung 21:	Ein Teilnehmer schreibt seine Vorschläge für mehr Klimaschutz auf eine Moderationskarte	45
Abbildung 22:	Ergebnis zur Frage „Denken Sie, dass die Ergebnisse von WWViews sinnvoll für die politische Entscheidungsfindung auf der Klimakonferenz (COP 21) genutzt werden?“ in Deutschland	48
Abbildung 23:	Ergebnis zur Frage „Wer sollte Ihrer Meinung nach hauptsächlich für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sein?“ in Deutschland und weltweit.....	49
Abbildung 24:	Ergebnis zur Frage „Welche der folgenden Ansätze bevorzugen Sie für umfangreiche Einschnitte in die Treibhausgasemissionen?“ in Deutschland und weltweit	50
Abbildung 25:	Ergebnis zur Frage „Sollten alle Entwicklungsländer wie bisher als Gruppe behandelt werden oder sollten reichere Entwicklungsländer mehr tun müssen?“ in Deutschland und weltweit	51

Abkürzungsverzeichnis

BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
CO₂	Kohlenstoffdioxid
COP	Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties)
IPCC	Zwischenstaatlicher Ausschuss über Klimaänderung (Intergovernmental Panel on Climate Change)
UBA	Umweltbundesamt
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
WWV	World Wide Views

Zusammenfassung

1.1 Hintergrund

Um bei wichtigen Zukunftsfragen wie Klimawandel und Klimaschutz auch die Stimme der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands berücksichtigen zu können, haben das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Paris (COP 21) im Dezember 2015 die Trägerschaft für einen Bürgerdialog übernommen. Sie beauftragten das nexus Institut – mit den Partnern der internationalen Koordination The Danish Board of Technology Foundation und Missions Publiques als Unterauftragnehmer – den Dialog unter dem Motto „World Wide Views zu Klima und Energie“ auf der nationalen Ebene in Deutschland zu organisieren und durchzuführen sowie die Ergebnisse zu analysieren und zu verbreiten.

Die Standpunkte der Bürgerinnen und Bürger zu Themen des Klimawandels und des Klimaschutzes sollten im Rahmen eines kurzen aber intensiven Meinungsbildungsprozesses ermittelt werden, um sie dann wissenschaftlich auszuwerten und sie u.a. den Delegationen der Klimaverhandlungen zur Verfügung stellen zu können. Dazu wurde am 6. Juni 2015 in der Bundeshauptstadt Berlin ein Bürgerdialog organisiert, der mehr als 70 per Zufallsstichprobe ausgewählte Personen informierte, in einen Meinungsaustausch brachte und am Ende jeder Arbeitsphase über Fragen zu Kernthemen der Welt-Klimaverhandlungen abstimmen ließ. Am selben Tag konnten sich auf diese Weise nicht nur Menschen aus Deutschland, sondern aus insgesamt 76 Ländern in den Diskurs um die relevanten Fragen von Klimawandel und Klimaschutz einbringen. Im Ergebnis sollte die Diskussion das Stimmungsbild der Menschen widerspiegeln, die die Folgen des Klimawandels zu tragen haben. Da der Prozess in allen teilnehmenden Ländern auf dieselbe Weise durchgeführt wurde, entstand so innerhalb kurzer Zeit ein weltweites Meinungsbild der nicht organisierten Zivilgesellschaft. Dieses wurde in Form von Dokumentationen und Präsentationen veröffentlicht und in den internationalen Prozess eingebunden.

1.2 Methode

Um den Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme in wichtigen internationalen Verhandlungen zu geben, hat sich mit WWV ein standardisiertes Verfahren herausgebildet, das prinzipiell für jedes gesellschaftlich relevante Themenfeld anwendbar ist. Der Grundstein des Verfahrens sind die lokalen Bürgerdialoge in den teilnehmenden Nationen, die alle am selben Tag und nach demselben Schema stattfinden. Die jeweils etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen dabei so ausgewählt werden, dass sie die Vielfalt der Menschen im jeweiligen Land oder der jeweiligen Region widerspiegeln, dabei sollten sie insbesondere im Hinblick auf Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Beruf möglichst gut der Verteilung in der Gesamtbevölkerung entsprechen. Grundgedanke ist, dass Menschen mit vielen unterschiedlichen Hintergründen zusammenkommen, unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen aufeinandertreffen und so ein Prozess der Meinungsbildung entstehen kann. Bei der Auswahl der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger ist es darüber hinaus wichtig, darauf zu achten, dass Laien und nicht Experten einbezogen werden. Schließlich sollen die WWV-Bürgerdialoge dazu beitragen, die Meinungen der sonst nicht repräsentierten Öffentlichkeit in den jeweiligen politischen Entscheidungsfindungsprozess einzubringen.

Der Ablauf der Bürgerdialoge ist standardisiert und von der internationalen Koordination des weltweiten Prozesses weitgehend vorgegeben. Nach einer Begrüßung durch die Veranstalter und eines motivierenden Statements durch die Politik finden mehrere Diskussionsrunden in Kleingruppen statt. Jede Runde beginnt mit einem 5-10-minütigen Informationsvideo, das die wichtigsten Fakten zum jeweiligen Thema zusammenfasst und ggf. auch konträre Sichtweisen darstellt. Auf dieser Grundlage beginnen die Diskussionen an den Kleingruppentischen mit jeweils 5 bis 7 Bürgerinnen

und Bürgern. Die Gruppengröße soll eine Vielzahl an verschiedenen Meinungen zusammen bringen, aber dennoch jeder und jedem ermöglichen sich produktiv in die Diskussion einzubringen. Die Diskussionen werden von einem Moderator oder Moderatorin geleitet. Nach jeder Themen- bzw. Diskussionsrunde bekommen die Bürgerinnen und Bürger Stimmzettel ausgehändigt. Diese wurden im Vorfeld von der internationalen Koordination für alle teilnehmenden Länder erstellt. Die Abstimmungsfragen der Stimmzettel beziehen sich thematisch auf die jeweilige Diskussionsrunde, bei jeder Frage kann aus jeweils mehreren Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden. Sobald die Bürgerinnen und Bürger ihre Abstimmungsbögen ausgefüllt haben, werden sie zur Stimmenauszählung eingesammelt und die Ergebnisse unmittelbar mit Hilfe eines Online-Tools an die internationale Koordination gemeldet, die die Ergebnisse aller teilnehmenden Länder sammelt. Nachdem alle Abstimmungsbögen einer Runde ausgewertet wurden, werden die Ergebnisse unmittelbar im Internet veröffentlicht.

1.3 Ergebnisse des Bürgerdialogs in Berlin

Bereits während der Bürgerdialoge am 6. Juni 2015 wurden laufend die Ergebnisse der Abstimmungen im Internet veröffentlicht. Auf der offiziellen Internetseite von WWV zu Klima und Energie unter <http://climateandenergy.wvviews.org/results/> sind alle Ergebnisse abrufbar.

Ergebnisse Themenrunde 1: Die Relevanz des Klimaschutzes

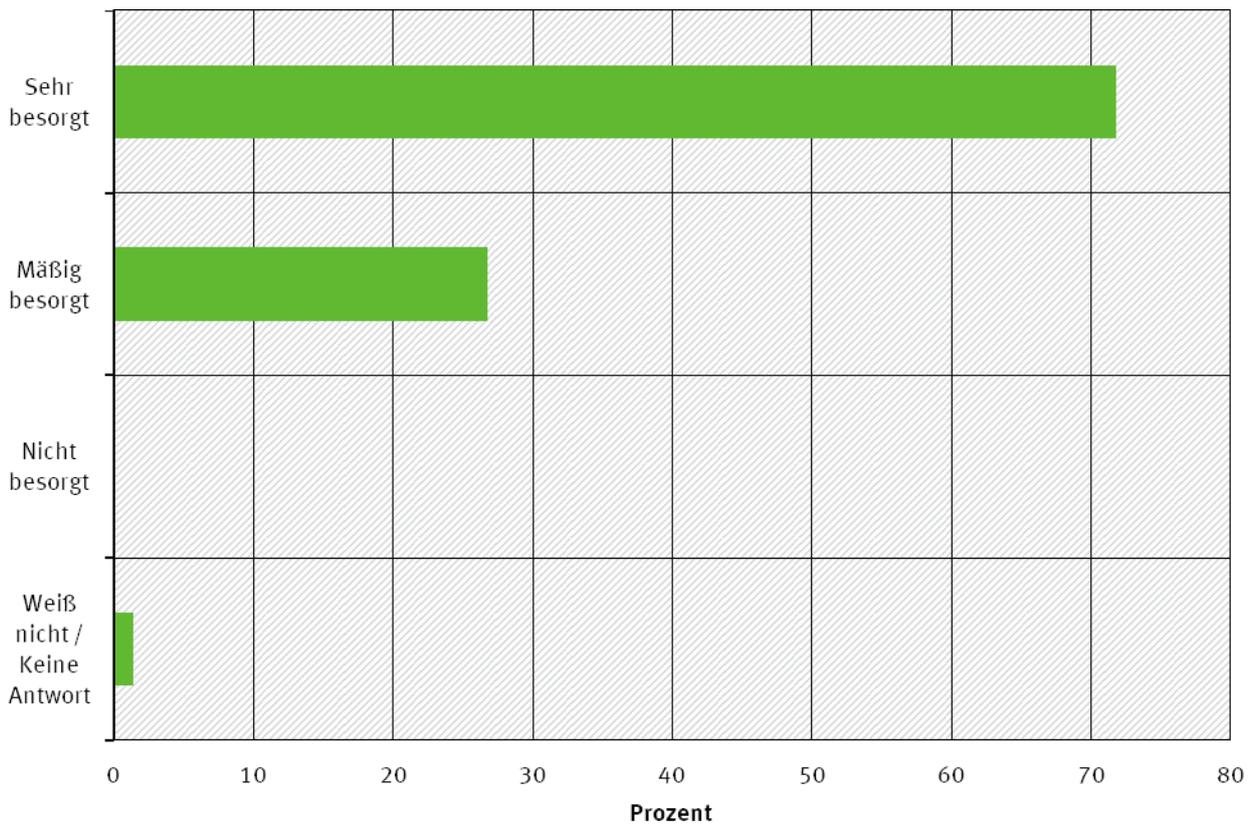
Die erste Arbeitseinheit behandelte allgemeine Themen in Bezug auf den Klimawandel und den internationalen Klimaschutz. Auf die erste Frage, inwiefern sie wegen der Folgen des Klimawandels besorgt sind, antworteten drei Viertel der Teilnehmenden, dass sie sehr besorgt seien. Mäßig besorgt war ein Viertel. Keine Stimme wurde für die Antwortoption „nicht besorgt“ abgegeben.

Eine weitere Frage betraf die Einschätzung wie der Klimaschutz die Lebensqualität der Menschen beeinflusst. In Berlin hielten zwei Drittel der Befragten Klimaschutzmaßnahmen für eine Möglichkeit die Lebensqualität zu verbessern, während ein Viertel sie als eine Gefährdung der Lebensqualität ansahen. Darüber hinaus beurteilten die Bürgerinnen und Bürger die Ergebnisse der Weltklimaverhandlungen der letzten Jahre sehr kritisch. 86% der Befragten waren der Meinung, dass sie seit der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention von 1992 nicht genug zum Klimaschutz beitrugen. Interessant waren auch die Antworten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Frage, wie dringend die Weltgemeinschaft auf den Klimawandel reagieren sollte. Drei Viertel der Befragten fanden, dass um jeden Preis alles Notwendige unternommen werden sollte, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen auf höchstens 2°C zu begrenzen¹. Ein Fünftel fand, dass zwar ehrgeizige Maßnahmen ergriffen werden sollten, jedoch nicht um jeden Preis. Nur 3% der Bürgerinnen und Bürger fanden, dass sich am derzeitigen Vorgehen nichts ändern sollte. Dennoch sagten 69%, dass global der Fokus gleichermaßen auf dem Klimaschutz als auch auf der Klimafolgenanpassung liegen sollte. Dagegen wollte jede/r Vierte den Fokus hauptsächlich auf Klimaschutz legen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Klimaschutzmaßnahmen von einem Großteil der Befragten befürwortet wird. Die Einhaltung der 2°C-Grenze „um jeden Preis“ wird von drei Viertel der Befragten gefordert.

¹ In Paris einigten sich die Vertragsstaaten auf die noch ambitioniertere Temperaturgrenze von „deutlicher unter 2 Grad Celsius“ (Artikel 2, Paragraph 1(a) der Vereinbarung von Paris (FCCC/CP/2015/10/Add.1)). Im Folgenden wird weiterhin von der „2°C-Grenze“ gesprochen.

Abbildung 1: Ergebnis zur Frage „Wie besorgt sind Sie wegen der Folgen des Klimawandels?“ in Deutschland



Quelle: WWV-Konsortium

Ergebnisse Themenrunde 2: Instrumente für den Klimaschutz

In der zweiten Arbeitseinheit ging es um konkrete Maßnahmen und Instrumente für den Klimaschutz. Hier wurden die Bürgerinnen und Bürger unter anderem gefragt, welche Ansätze sie zur Reduzierung der Emissionen von Kohlenstoffdioxid (CO₂) bevorzugen. Bei dieser Frage konnten die Teilnehmenden bis zu zwei Optionen aus einer Reihe unterschiedlicher Ansätze auswählen. Am häufigsten entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mit jeweils 39% für die Unterstützung der Erforschung CO₂-armer Technologien und die Subventionierung CO₂-armer Energieträger. Fast gleichauf mit 38% liegt die Verringerung der Subventionen für fossile Energieträger.

Eine weitere, damit in Verbindung stehende Frage war, wie die Welt mit der Erkundung neuer Lagerstätten fossiler Energieträger umgehen sollte. Jede/r Zweite wollte die Erkundung sämtlicher neuer Vorkommen stoppen. Nur die Erkundung neuer Kohlevorkommen zu beenden, fand Zustimmung bei 16% der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger. Für die weitere Erkundung von Vorkommen fossiler Energieträger plädierte jede/r Fünfte. Die Teilnehmenden wurden auch gefragt, ob sie die Einführung einer CO₂-Steuer befürworteten. Eine große Mehrheit bejahte dies: 13% würden eine solche für alle Staaten einführen und jede/r Zweite würde diese Steuer ebenfalls einführen, aber die Kosten für Staaten mit geringer Emissionsreduzierung erhöhen. Ein weiteres Drittel würde diese Steuer entsprechend dem Entwicklungsstand eines Landes festsetzen. 4% lehnen eine CO₂-Steuer ab.

Die Bürgerinnen und Bürger befürworteten demnach die Unterstützung Erneuerbarer Energien durch Subventionen. Darüber hinaus sprechen sie auch für die Begrenzung des Einsatzes von fossilen

Energieträgern aus, sei es durch deren Besteuerung bzw. Verringerung von Subventionen oder der Begrenzung der Förderung von Öl, Gas und Kohle.

Abbildung 2: Ergebnis zur Frage „Welche der folgenden Ansätze bevorzugen Sie für umfangreiche Einschnitte in die Treibhausgasemissionen?“ in Deutschland

Quelle: WWV-Konsortium

Ergebnisse Themenrunde 3: UN-Klimaverhandlungen und nationale Verpflichtungen

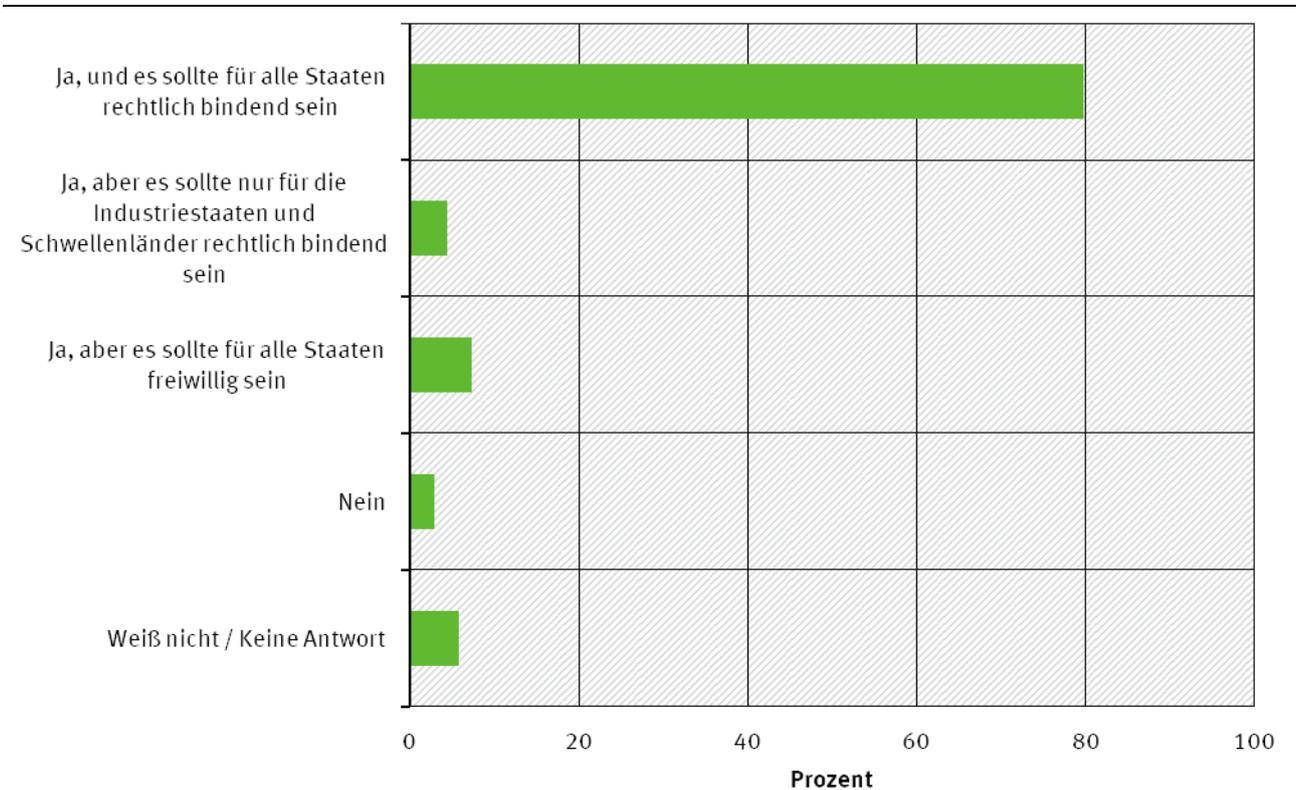
Die dritte Themenrunde behandelte die UN-Klimaverhandlungen. Bei der Frage, ob der Klimawandel in Deutschland eine nationale Priorität ist, waren die Meinungen gespalten: die Hälfte der Teilnehmenden fand, dass der Klimawandel für Deutschland eine nationale Priorität sei, 44% fanden, dass er das nicht sei. Unabhängig von dieser Einschätzung sagten 84% der Bürgerinnen und Bürger, dass der Klimawandel eine nationale Priorität sein sollte. Dementsprechend forderten 87% der Befragten, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen senken muss, selbst wenn viele andere Staaten dies nicht tun. Ein Zehntel würde eine Senkung der deutschen Emissionen von den Anstrengungen ande-

rer Staaten abhängig machen. Keiner der Teilnehmenden stimmte gegen eine Reduzierung der Emissionen.

Ähnlich wie in den vorherigen Arbeitseinheiten waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Berlin auch bei der Frage einig, ob sich die Staaten auf der Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 auf ein langfristiges Emissionsziel bis auf null verständigen sollten. Vier von fünf Befragten befürworteten ein solches Abkommen und waren der Meinung, dass es für alle Staaten der Welt völkerrechtlich bindend sein sollte. Dementsprechend gering waren die Anteile derer, die ein solches Abkommen entweder nur für die Industrie- und Schwellenländer verbindlich machen wollten (4%) oder komplett auf Freiwilligkeit setzten (7%).

Die Ergebnisse dieser Themenrunde zeigen ein Mal mehr, dass die Bürgerinnen und Bürger eine ambitionierte Klimaschutzpolitik wollen. Sie erwarten entsprechende Entscheidungen der Politik auf nationaler und internationaler Ebene.

Abbildung 3: Ergebnis zur Frage „Sollte ein Pariser Abkommen ein globales, langfristiges Ziel beinhalten, das eine Verringerung der Emissionen auf null bis Ende dieses Jahrhunderts vorsieht?“ in Deutschland



Quelle: WWV-Konsortium

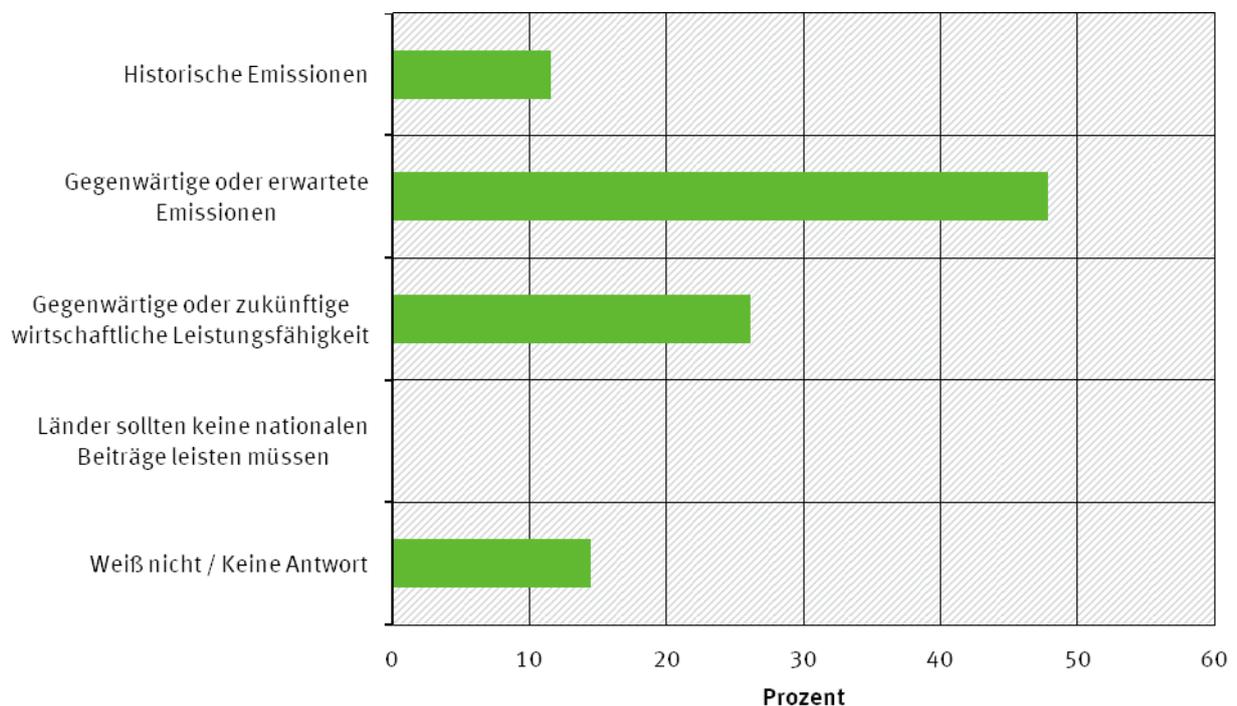
Ergebnisse Themenrunde 4: Gerechtigkeit und Verteilung

In der vierten Arbeitseinheit des Tages wurden die Probleme der Gerechtigkeit und Fairness in den Klimaverhandlungen thematisiert. Zunächst wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, was sie für die geeignete Grundlage zur Festsetzung der nationalen Klimaschutzmaßnahmen halten. Die Hälfte der Befragten hielt die gegenwärtigen oder erwarteten Emissionen für die beste Option. Für die gegenwärtige oder zukünftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes stimmte ein weiteres Viertel. Jede/r Zehnte der Befragten fand, dass die historischen Emissionen die beste Grundlage wären. 15% gaben keine Antwort.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden auch nach ihrer Meinung zum Verhältnis der Industrie- und Entwicklungsländer gefragt. Es ging dabei insbesondere um die Differenzierung innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer. Es wurde gefragt, ob wohlhabendere Entwicklungsländer mehr zum Klimaschutz beitragen sollten als die ärmsten Staaten der Welt. Drei Viertel der Befragten waren der Meinung, dass reichere Entwicklungsländer eine eigene Kategorie seien. Sie sollten mehr Pflichten haben als die ärmsten Ländern, aber weniger Pflichten als die Industriestaaten. Dass die reicheren Entwicklungsländer dieselben Pflichten haben sollten wie die Industriestaaten fand ein Viertel der Teilnehmenden. Die Teilnehmenden wurden auch gefragt, ob nur die Industriestaaten in den grünen Klimafonds einzahlen sollten. 90% verneinten dies und fanden, dass auch die reicheren Entwicklungsländer Gelder für den Fonds bereitstellen sollten. Darüber hinaus sollten die Bürgerinnen und Bürger darüber abstimmen, ob die Entwicklungsländer ihre Maßnahmen zum Klimaschutz von der Finanzierung durch die Industriestaaten abhängig machen sollten. Fast zwei Drittel der Befragten verneinten dies. Ein Viertel war der Meinung, dass sie dies zumindest teilweise machen sollten. Und jede/r Zehnte würde es befürworten, wenn die Entwicklungsländer ihre Klimaschutzmaßnahmen komplett von der Finanzierung durch die Industriestaaten abhängig machen würden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen die Lasten, die ein ambitionierter Klimaschutz mit sich bringt, auf mehr Schultern verteilen als bisher. So fokussieren sie sich nicht auf die historische Verantwortung der Industriestaaten, sondern sehen die jetzigen und für die Zukunft erwarteten Emissionen als wichtigen Maßstab zur Verteilung der Anstrengungen. Folgerichtig sprechen sich die Bürgerinnen und Bürger dafür aus, dass die Schwellenländer mehr Verantwortung übernehmen sollten.

Abbildung 4: Ergebnis zur Frage „Was wäre die beste Grundlage für die Festsetzung der nationalen Klimabeiträge?“ in Deutschland



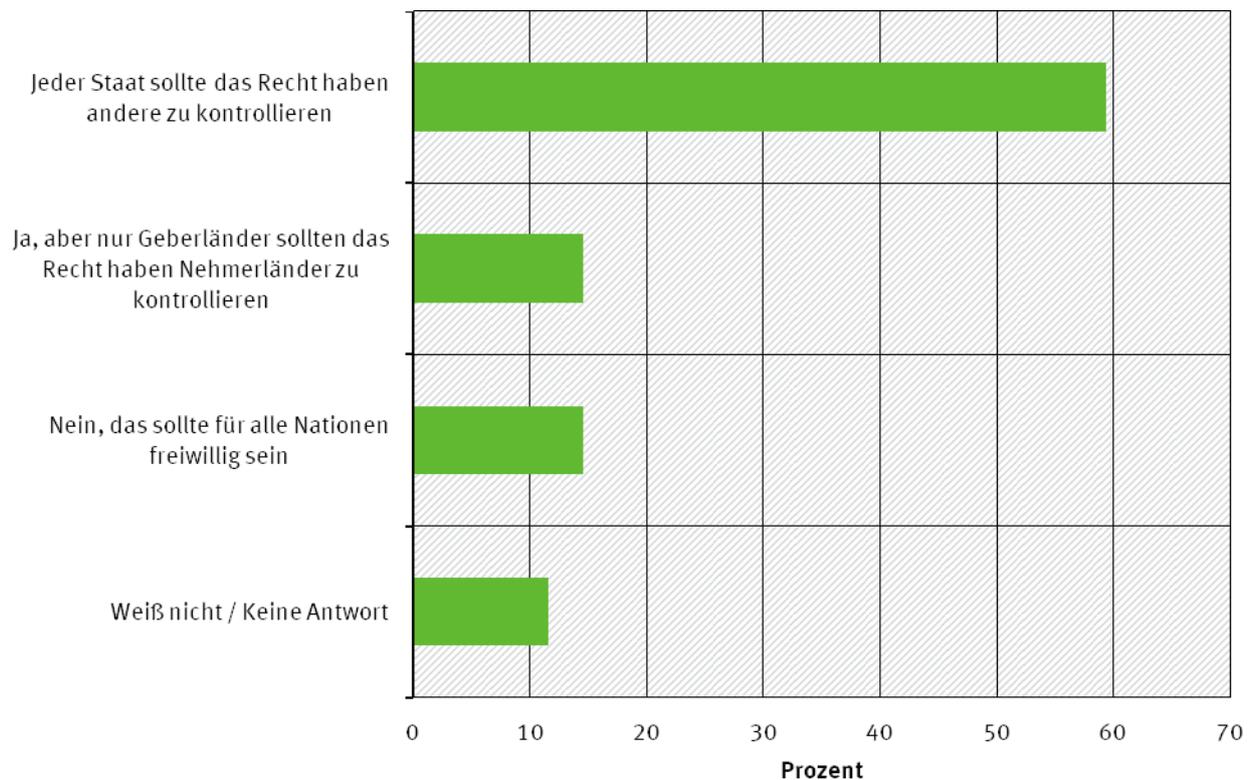
Quelle: WWV-Konsortium

Ergebnisse Themenrunde 5: Klimaversprechen abgeben und einhalten

In der fünften Themenrunde diskutierten die Bürgerinnen und Bürger die Ausgestaltung und Verbindlichkeit eines möglichen neuen Weltklimavertrages. Zunächst wurde über die Frage abgestimmt,

ob die Staaten sich in Paris auf ein Abkommen verständigen sollten, das vorsieht die globalen Klimaziele alle fünf Jahre anzupassen, anstatt immer wieder neue Verträge auszuhandeln. Diesem Vorschlag stimmten die Teilnehmenden mit 97% fast einstimmig zu. Auch auf die Frage, ob ein Pariser Klimaabkommen kurzfristige nationale Ziele beinhalten sollte, zeigten die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder große Einigkeit: 84% stimmten der Aussage zu, dass es solche Ziele geben sollte und sie für alle Staaten völkerrechtlich verbindlich sein sollten. Dass es solche Ziele geben, aber sie nur für die Industriestaaten verbindlich sein sollten, fanden 3%. Nur ein Zehntel fand, dass keine kurzfristigen Ziele in ein Pariser Abkommen aufgenommen worden sollten und etwaige nationale Ziele damit freiwilliger Natur sein sollten.

Abbildung 5: Ergebnis zur Frage „Sollten die Staaten das Recht haben, die Berichte über Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung wechselseitig zu kontrollieren?“ in Deutschland



Quelle: WWV-Konsortium

Eine weitere Frage zielte auf die Bewertung der Angemessenheit der nationalen Ziele ab. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden gefragt, ob die UN oder eine Organisation auf UN-Ebene die Angemessenheit der nationalen Klimaschutzmaßnahmen beurteilen sollte. Eine Mehrheit von 58% fand, dass es eine solche Organisation geben sollte, die die Maßnahmen jedes Staates bewertet. Ein weiteres Drittel der Befragten befürwortete eine solche Bewertung, jedoch nur der globalen Anstrengungen. Wieder fast einstimmig stimmten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Frage ab, ob die Staaten über ihre Emissionen und den Fortschritt ihrer Klimaschutzmaßnahmen jährliche Berichte erstellen und veröffentlichen sollten. 98% fanden, dass alle Staaten solche Berichte abliefern sollten, während 2% sagten, dass dies nur für die Industriestaaten verpflichtend sein sollte.

Eine der Fragen, die in ähnlicher Form auch in den internationalen Klimaverhandlungen für Kontroversen sorgen könnte, war, ob die Staaten gegenseitig ihre Klimamaßnahmen kontrollieren dürfen. Fast zwei Drittel befürworteten, dass jeder Staat die Möglichkeit haben sollte, jeden anderen Staat zu

kontrollieren. 15 % stimmten der Aussage zu, dass nur die Geberländer von Klimaentwicklungshilfe das Recht haben sollten die Nehmerländer zu kontrollieren. Weitere 15% lehnten solche Kontrollen ab.

Die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger befürworteten ein neues völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen, das bereits kurzfristige Zielvorgaben zur Emissionsreduzierung enthält. Außerdem sprachen sie sich mit großen Mehrheiten für weitgehende Transparenzpflichten und Kontrollmöglichkeiten aus.

Ergebnisse Themenrunde 6: Was können wir zum Klimaschutz beitragen?

Die sechste Arbeitseinheit unterschied sich in ihrer Ausgestaltung stark von den vorhergehenden Themenrunden. Diese offener gestaltete Themenrunde erlaubte den Bürgerinnen und Bürger eigene Vorschläge einzubringen.

Die zwei offenen Fragen und jeweiligen untergeordneten Fragen lauteten:

1. Was können Bürgerinnen und Bürger, was kann ich zum Klimaschutz beitragen?
 - ▶ In welchen Lebensbereichen (Wohnen, Arbeiten, Freizeit) kann ich selbst für Veränderungen sorgen?
 - ▶ Welche Veränderungen (z. B. finanziell oder im Lebensstil) sind für mich hinnehmbar?

2. Was sollte die Politik konkret tun?
 - ▶ um in Deutschland Fortschritte im Klimaschutz zu erzielen? Was ist konkret bei Wohnen, Arbeiten, Freizeit möglich?
 - ▶ um auf der internationalen Ebene Klimaschutz zu fördern?

Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer erhielt jeweils drei Moderationskarten in zwei Farben, auf denen während oder im Anschluss an die Diskussion Ideen und Vorschläge aufgeschrieben werden sollten. Dabei sollten jeweils drei Vorschläge zu Frage 1 und drei Vorschläge zu Frage 2 abgegeben werden. Teilweise wurde jedoch mehr als ein Vorschlag auf eine Moderationskarte geschrieben bzw. es wurden mehrere Punkte in einem Satz genannt, so dass insgesamt mehr Vorschläge erarbeitet wurden. Eine Auswertung der einzelnen Kommentare zeigt, dass die meisten Empfehlungen zu der Frage „Was können Bürgerinnen und Bürger tun?“ ein verändertes Einkaufsverhalten (68 Kommentare) als Möglichkeit gesehen wird, zum Klimaschutz beizutragen, z.B. durch „weniger konsumieren“ (23) oder regionale und saisonale Produkte kaufen (18). Ein wichtiger individueller Beitrag zum Klimaschutz wird auch in der Reduzierung des Auto- und Flugverkehrs gesehen (57).

Bei der Diskussion von Maßnahmen, die die Politik ergreifen könnte, um Klimaschutz weiter zu fördern stand an erster Stelle die CO₂-Reduzierung im Verkehr. Über 40 Mal forderten die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr billiger oder kostenlos anzubieten und Radwege weiter auszubauen.

Allgemein wurde empfohlen, bei der Ausgestaltung von Normen und Standards den Klimaschutz zwingend zu berücksichtigen (35). Nicht zuletzt wurde gefordert, dass die Politik sich noch stärker um Bildung und Aufklärung bemühen sollte (26), z.B. in Schulen und Kitas.

Im Folgenden sind die Ergebnisse der offenen Fragen aus der sechsten Themenrunde des deutschen WWV-Bürgerdialogs zusammengefasst dargestellt. Für die Auswertung wurden die Ergebnisse kategorisiert, d.h. gleichlautende oder ähnliche Vorschläge wurden unter einer Überschrift zusammengefasst. In den Klammern ist die Anzahl der Nennungen vermerkt.

Ergebnisse zu Frage 1: Was können die Bürgerinnen und Bürger tun?

- ▶ Einkaufsverhalten verändern (68)
- ▶ Auto- und Flugverkehr reduzieren (58)
- ▶ Strom und Wasser sparen (37)
- ▶ Häuser wärmedämmen; weniger und bewusster heizen (12)
- ▶ Mehr Aufklärung und Informationen zum Klimaschutz (12)
- ▶ Private Fonds zur Finanzierung des Klimaschutzes einrichten (2)

Ergebnisse zu Frage 2: Was sollte die Politik tun?

- ▶ CO₂-Emissionen im Verkehr verringern (40)
- ▶ Normen und Standards setzen, die den Klimaschutz berücksichtigen (39)
- ▶ Mehr Bildung / Aufklärung zum Klimaschutz (34)
- ▶ Finanzielle Förderung klimaschützender Maßnahmen (24)
- ▶ Wirtschaft zu mehr Kooperation ermuntern/ verpflichten (12)
- ▶ Aktive Klimaschutzpolitik betreiben/ Vorbild sein (12)
- ▶ Klimaschädigende Subventionen kürzen/ abschaffen (10)
- ▶ Weitere Vorschläge (8)
- ▶ Mehr Transparenz in der Klimapolitik (7)
- ▶ Strafen und Steuern für Klimasünder einführen (6)
- ▶ Internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz verstärken (6)
- ▶ Klimaforschung fördern (3)
- ▶ Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern fördern (3)
- ▶ Subventionierung klimafreundlicher Produkte (3)
- ▶ Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen sicherstellen (3)

1.4 Fazit: Der World Wide View-Prozess als ein Instrument der (internationalen) Bürgerbeteiligung

Am 6. Juni 2015 fand in Berlin ein erfolgreicher Bürgerdialog statt, an dem sich über 70 Bürgerinnen und Bürger aus allen Altersklassen (ab 18 Jahre) und unterschiedlicher Hintergründe beteiligten. Auf diese Weise hat Deutschland einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass das bislang weltweit größte Beteiligungsverfahren zu einem Erfolg werden konnte. Viele, wenn auch nicht alle von den Teilnehmenden mehrheitlich unterstützten Positionen spiegeln sich im Abkommen von Paris wider (vgl. Kapitel 5) und so kann gesagt werden, dass WWV zu Klima und Energie einen Beitrag zum positiven Abschluss des Pariser Abkommens geleistet hat.

Darüber hinaus hat die Veranstaltung dazu beigetragen, Bürgerinnen und Bürger für die Themen Energie, Klimawandel und Klimaschutz zu sensibilisieren. Insbesondere in der letzten, auf Deutschland bezogenen Arbeitseinheit wurden sie dazu angeregt, über eigene Möglichkeiten des Handelns nachzudenken. Hier zeigte sich, dass beim Konsum und bei der Verkehrsmittelwahl ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann. Weiterhin wurden die Teilnehmenden auch gebeten, Anregungen für die künftige Ausgestaltung der Klimapolitik zu geben. Dabei wurde die Relevanz von verbind-

lichen Normen und Standards betont, besonders im Verkehrsbereich, aber auch mehr Bildung und Aufklärung gewünscht.

Dass die Ergebnisse von der deutschen Politik wahrgenommen wurden, konnte u.a. durch deren interne Verbreitung im UBA und BMUB sowie durch Präsentationen im Umweltausschuss und auf einer Diskussionsveranstaltung mit dessen Vorsitzenden während der COP 21 sichergestellt werden.

Mit dem internationalen Prozess wurden annähernd 10.000 Menschen durch ihre Teilnahme an den Bürgerdialogen persönlich erreicht und in einen weltweiten Klimadialog eingebunden. Ihre Ansichten und Meinungen wurden in zusammengefasster Form den Delegationen und anderen zentralen Stakeholdern und Klima-Akteuren als Input mit auf den Weg nach Paris gegeben. Die Präsentationen und persönlichen Gespräche machten deutlich, dass es wichtig war, zunächst eine Vertrauensgrundlage zu schaffen. Vertrauen in die Ergebnisse des WWV-Prozesses konnte zum einen durch die gut durchdachte methodische Vorgehensweise erlangt werden, zum anderen spielte die Neutralität der Durchführungsträger (keine große Nichtregierungsorganisationen aus dem Umweltbereich, keine politischen Mandatsträger) eine wichtige Rolle. Damit die Methode auf allen Bürgerdialogen einheitlich angewandt werden konnte, wurden die sorgfältig ausgewählten nationalen Partnerorganisationen sowohl in Workshops als auch in mehreren Online-Seminaren geschult. Von der internationalen Koordination wurden außerdem die inhaltlichen Grundlagenmaterialien erstellt (Informationsbroschüre und –videos, Abstimmungsfragen) und an die Partner abgegeben sowie mit dem Online-Tool ein einheitlicher Zugang zu den Ergebnissen geschaffen.

Die Aufgaben bei der Verbreitung und Kommunikation der Ergebnisse teilten sich die Partner der internationalen Koordination und die lokalen Partner. So wurden von Missions Publiques und DBT die Ergebnisse aufbereitet und auf der internationalen Ebene vorgestellt, z.B. auf den Vorverhandlungen in Bonn und am Rande der UN-Generalversammlung in New York. Die lokalen Partner bemühten sich währenddessen, die Ergebnisse ihrer Bürgerdialoge und das globale Ergebnis in ihren Ländern zu präsentieren und zu verbreiten, insbesondere bei den nationalen Entscheidungsträgern.

Der Erfolg von WWV on Climate and Energy 2015 hat dazu beigetragen, die Methode als Möglichkeit der weltweiten Bürgerbeteiligung international bekannt zu machen. So gibt es beispielsweise Sondierungsgespräche mit Marokko, um die nächste COP durch WWV als bewährte Methode der Bürgerbeteiligung vorzubereiten und zu begleiten.

Die wissenschaftlich geprüften Informationsmaterialien, der Vertrauensaufbau durch wiederkehrenden und vertieften Austausch mit Akteuren auf der politischen Ebene und der Austausch mit Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken haben zudem zu einer verstärkten Würdigung und Anerkennung des Souveräns, d.h. der Bürgerinnen und Bürger als die vom Klimawandel betroffenen, geführt. So haben die Gespräche mit Verantwortlichen im Sekretariat der Klimarahmenkonvention wie auch auf der nationalen Ebene verschiedener Länder deutlich gemacht, dass es ein Interesse gibt, den Aspekt der Partizipation zu stärken. In Artikel 12 des Pariser Abkommens wurde zwar die Bedeutung der „Beteiligung der Öffentlichkeit“ in der Klimapolitik festgehalten, jedoch wird darin Partizipation weder verbindlich festgeschrieben noch inhaltlich weiter konkretisiert. Vor diesem Hintergrund fordert die WWV-Allianz die Regierungen auf, das Schlagwort der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht auf Konsultationen etwa mit Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbänden zu reduzieren. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, die keiner solchen Organisation angehören bzw. sich nicht von ihnen vertreten fühlen, d.h. die nicht-organisierte Zivilgesellschaft, sollte weiterhin ermöglicht und ausgebaut werden. Dies gilt beispielsweise auch für die Formulierung und Ausgestaltung der nationalen Maßnahmen zur Umsetzung des globalen Rahmenvertrags. Hier könnte ein breit angelegter nationaler Beteiligungsprozess beratend dazu beitragen, realistische klimapolitische Prioritäten zu setzen und konkrete Maßnahmen zu entwerfen und als Vorschläge in den politischen Prozess einzubringen. Ein Beispiel ist die mehrheitlich gewünschte Einführung eines CO₂-Preises sowohl

in Deutschland wie auch weltweit. Wichtig ist dabei, dass das Beteiligungsangebot ernst gemeint ist und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und ergebnisoffen eingebunden werden, damit sie die Chance erhalten, einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Summary

1.1 Background

In order to take into account the voice of the citizens of Germany on important future issues like climate change and climate protection, the Federal Environment Agency (UBA) and the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety (BMUB) took ownership of a civil dialogue ahead of the climate talks in Paris (COP 21) in December 2015. They commissioned the nexus Institute – with its partners in the international coordination The Danish Board of Technology Foundation and Missions Publiques, as subcontractors – to organise and implement a dialogue with the slogan “World Wide Views on Climate and Energy” on the national level in Germany, as well as analyse and disseminate the results.

The views of citizens on issues of climate change and climate protection should be formulated in the context of a brief but intense opinion-forming process in order to then evaluate them scientifically and also to make them available to the delegations of the climate negotiations. For this purpose, a citizens’ consultation was organized on 6th June 2015 in the German capital Berlin, where more than 70 people selected by random sample were informed, brought in an exchange of views and at the end of each work stage were able to take a vote on questions of key issues of the global climate talks. Not only people from Germany were able to join in the discourse on the relevant issues of climate change and climate protection in this way, but from a total of 76 countries, and on the same day. As a result, the discussion should reflect the mood of those who have to bear the consequences of climate change. Because the process was carried out in all participating countries in the same way, within a short time a global opinion of non-organised civil society emerged. This was published in the form of documentations and presentations and integrated into the international process.

1.2 Methods

A standardised procedure has emerged with WWV to give citizens a voice in major international negotiations, and it is, in principle, applicable to any socially relevant topic. The cornerstone of the process are local civil dialogues in participating nations, which all take place on the same day and as part of the same scheme. The around 100 participants are to be chosen to reflect the diversity of people in the country or region; in particular, they should represent the distribution of the total population in terms of gender, age, education and occupation. The basic idea is that people from many different backgrounds come together, different opinions and points of view meet and this can result in a process of opinion formation. When selecting the participating citizens, it is also important to ensure that laypeople and non-experts are included. The WWV citizen consultations should finally help to introduce the opinions of the otherwise unrepresented public in the policy making process.

The process of these citizens’ consultations is standardised and largely determined by the international coordination of the global process. After a welcome by the organisers and motivational statements by politicians, several rounds of discussions are held in small groups. Each round starts with a 5-to-10-minute information video that summarises the key facts about each topic and possibly also represents contrarian viewpoints. On this basis, discussions at small group tables start with 5 to 7 citizens each. The group size is set so as to bring a variety of different opinions together, but also to permit each and every person to contribute productively to the discussion. The discussions are led by a moderator or presenter. After each topic, ballots are handed out to the citizens. These were created for all participating countries in advance by the international coordination. Voting issues of each ballot relate thematically to the respective discussion, and citizens can choose from several possible answers for every question. Once citizens have filled out their voting sheets, they are collected for counting and the results are directly recorded and given to the international coordination, with the

help of online tools they collect the results of all participating countries. After all ballot sheets from one round are evaluated, the results are published instantaneously on the Internet.

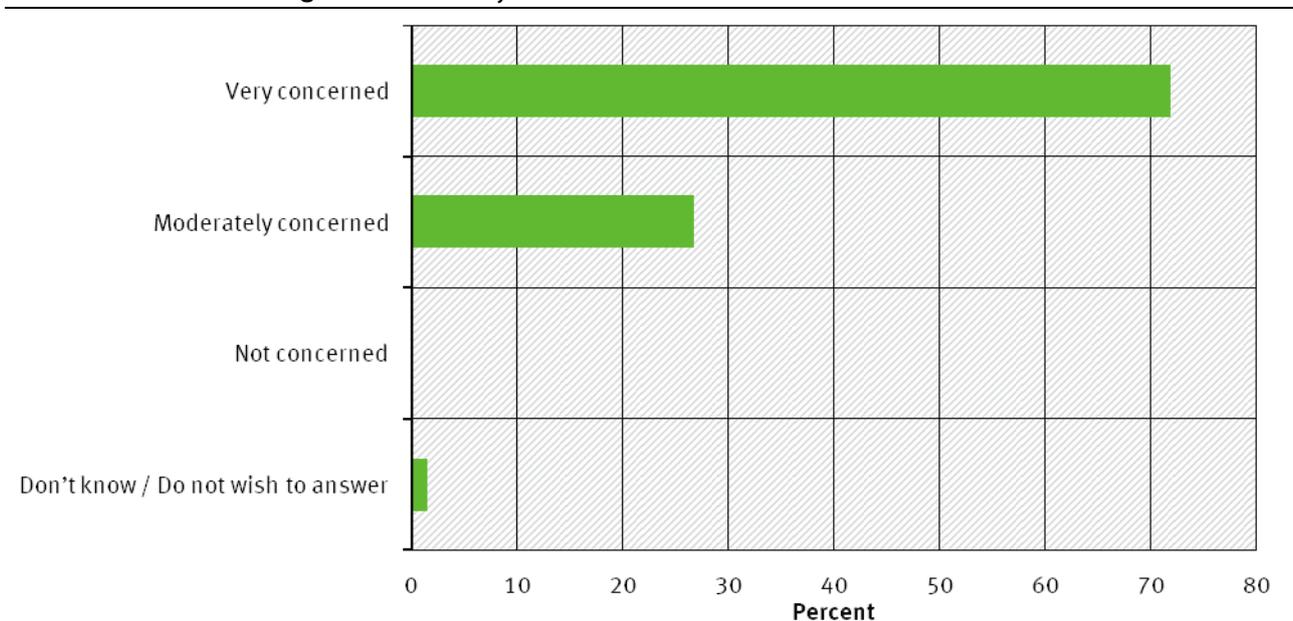
1.3 Results of the Citizen Consultation in Berlin

During the citizens’ consultations on 6th June 2015 the results of votes were published continuously on the Internet. All results are available on the official website of WWV on Climate and Energy under <http://climateandenergy.wwviews.org/results/>.

Results of Thematic Discussion Round 1: The Importance of Tackling Climate Change

The first unit of work referred to general issues related to climate change and mitigation. On the first question, to what extent they are concerned about the consequences of climate change, three quarters of participants said they were very worried. A quarter were moderately concerned. No vote was cast for the option “not worried”.

Illustration 6: Results to the Question “How concerned are you about the impacts of climate change?” in Germany



Source: WWV-Consortium

A further question concerned the assessment of how climate change mitigation affects people’s quality of life. In Berlin two thirds of respondents saw climate action as a way to improve the quality of life, while a quarter saw it as a threat to their quality of life. In addition, citizens assessed the results of the world climate talks in recent years very critically. 86% of respondents were of the opinion that they have not sufficiently contributed to climate protection since the adoption of the UNFCCC in 1992. The responses of the participants on the question of how much the international community should respond to climate change were also interesting. Three quarters of respondents found that everything necessary should be done to limit the increase in global average temperatures to 2°C,²

² In Paris the contracting states agreed upon the much more ambitious temperature limit of “clearly under 2 degrees Celsius” (Article 2, Paragraph 1(a) of the Paris Agreement (FCCC/CP/2015/10/Add.1)). In the following we will continue to use the “2°C-limit”.

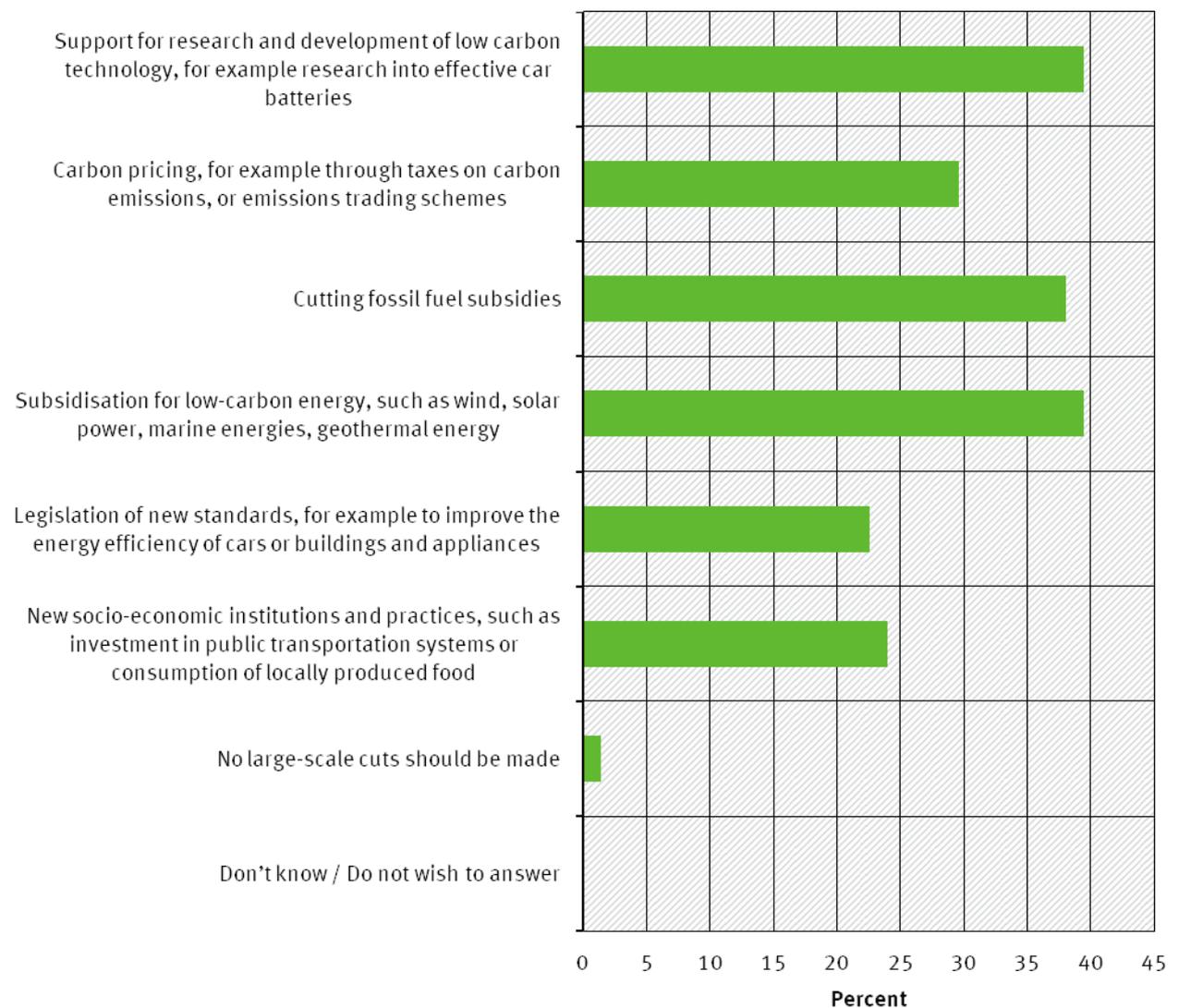
and at all costs. One fifth thought that ambitious measures should be taken, but not at any price. Only 3% of citizens thought that the current approach should not be changed. Nevertheless, 69% said that, globally, the focus should be on climate change mitigation and adaptation equally. By contrast, every fourth person wanted to focus mainly on mitigation.

The results show that climate action is supported by a majority of respondents. Compliance with the 2°C limit “at any price” is demanded by three-quarters.

Results of Thematic Discussion Round 2: Tools to Tackle Climate Change

The second work unit focused on concrete measures and instruments for climate mitigation and adaptation. Here citizens were asked, amongst other things, which approaches they prefer for the reduction of carbon dioxide emissions (CO₂). Participants could select up to two options from a number of different approaches. Most common were the decisions of citizens to support research into low-CO₂ technologies and the subsidising of low-CO₂ energy sources, with 39% each. Almost on par with 38% was the reduction of subsidies for fossil fuels.

Illustration 7: Results to the Question “Which of the following approaches do you prefer for making large-scale cuts in greenhouse gas emissions?” in Germany



Source: WWV-Consortium

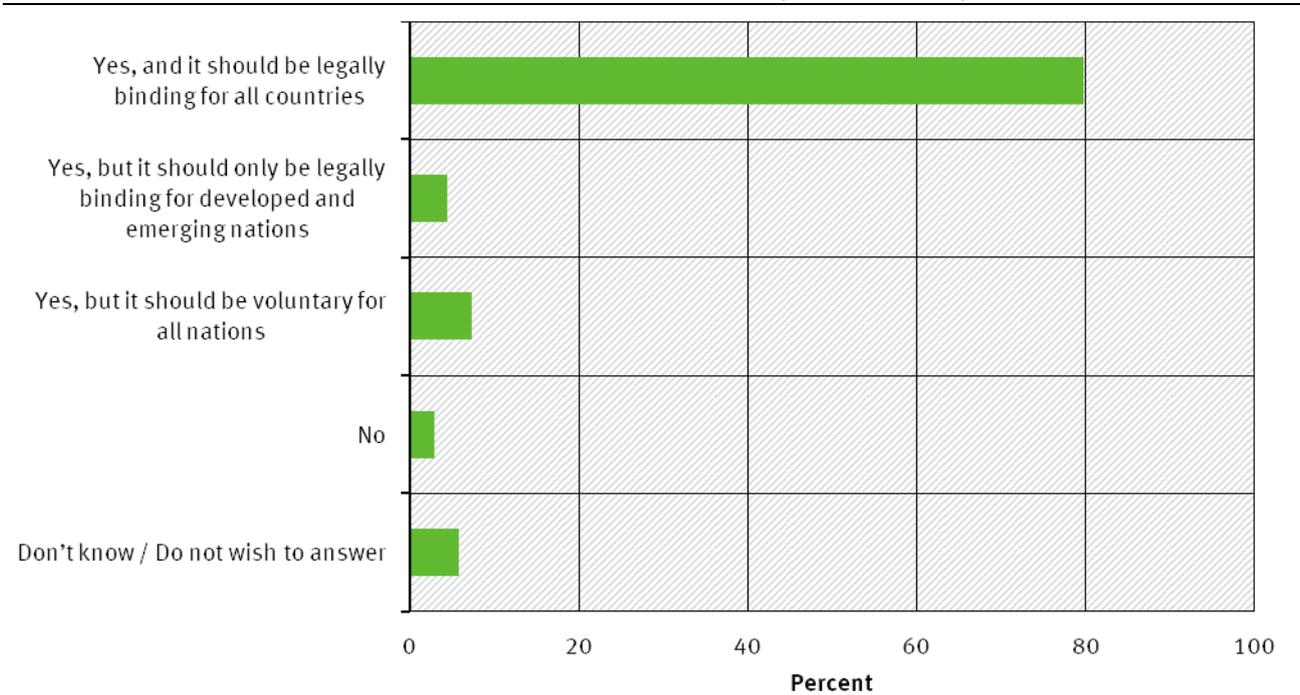
A further related question was how the world should deal with the exploration of new deposits of fossil fuels. One of every two participants wanted to stop exploring all new deposits. 16% of participating citizens were in agreement with only ending the exploration of new coal deposits. Every fifth participant advocated the further exploration of deposits of fossil fuels. The participants were also asked whether they favour the introduction of a CO₂ tax. A large majority said yes: 13 % would introduce such a tax for all countries and every second participant would also introduce this tax, but increase the cost for countries with low emissions reductions. Another third would assess this tax in accordance with the development of a country. 4% rejected a CO₂ tax.

The citizens are therefore in favour of supporting renewable energy through subsidies. Moreover, they agree on limiting the use of fossil fuels, whether through taxation, reducing subsidies or limiting the extraction of oil, gas and coal.

Results of Thematic Discussion Round 3: UN Negotiations and National Commitments

The third thematic discussion round addressed the UN climate negotiations. When asked whether climate change is a national priority in Germany, opinion was divided: half of the participants found that climate change is a national priority for Germany, 44% found that it is not. Irrespective of this assessment, 84% of citizens claimed that climate change should be a national priority. Accordingly, 87% of respondents demanded that Germany reduce its greenhouse gas emissions, even if many other countries do not. A tenth would make a reduction of German emissions dependent on the efforts of other nations. None of the participants voted against a reduction in emissions.

Illustration 8: Results to the Question “Should a Paris agreement include a global long-term goal for zero emissions at the end of this century?” in Germany



Source: WWV-Consortium

Similar to the previous work units, the participants in Berlin agreed also with the question on whether the states at the Paris climate conference in December 2015 should agree to a long-term emission target of zero. Four out of five respondents were in favour of such an agreement and were of the opinion that there should be international law binding all nations. Accordingly low were the proportions

of those who would either make such an agreement binding only for developed and emerging countries (4%) or completely voluntary (7%).

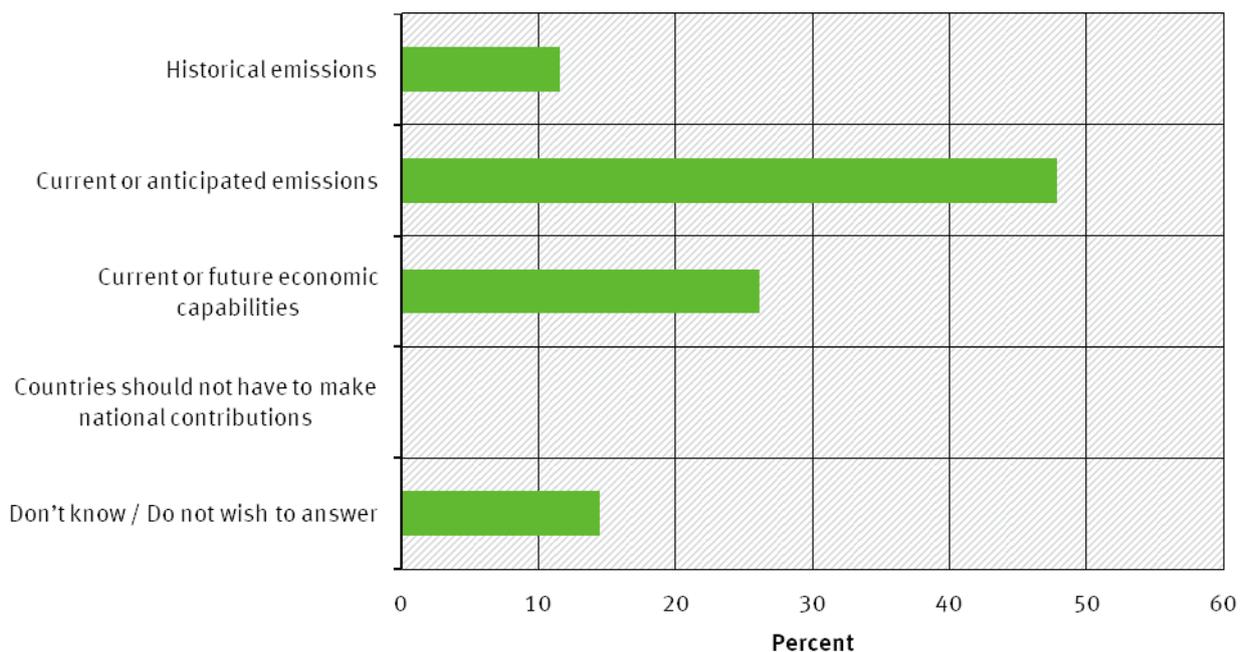
The results of this discussion round show once again that the citizens want ambitious climate action. They await appropriate policy choices at the national and international levels.

Results of Thematic Discussion Round 4: Fairness and Distribution of Efforts

In the fourth working session of the day, the problems of justice and fairness in climate negotiations were discussed. First, citizens were asked what they think is the appropriate basis for setting national climate change policies. Half of the respondents considered current or expected emissions to be the best option. A further quarter agreed upon the current or future economic performance of a country. A tenth of respondents felt that historic emissions would be the best foundation. 15% gave no answer.

The citizens were asked for their opinion on the relationship between developed and developing countries, and in particular the differentiation within the group of developing countries. They were asked whether wealthier developing countries should contribute more to climate mitigation and adaptation than the poorest countries in the world. Three quarters of the respondents were of the opinion that the richer developing countries constituted a separate category. They should have more obligations than the poorest countries, but fewer obligations than developed countries. The proposal that the richer developing countries should have the same obligations as developed countries was agreed upon by a quarter of the participants. Participants were also asked whether only developed nations should pay into the Green Climate Fund. 90% denied this and found that the richer developing countries should also make money available for the fund. In addition, citizens voted on whether the climate change action measures of developing countries should depend on funding from developed countries. Almost two thirds of respondents answered negatively. A quarter felt that they should do this at least partly. Every tenth citizen supported the idea that developing countries make their climate mitigation actions completely dependent on financing by developed nations.

Illustration 9: Results to the Question “What would be the best basis for setting the ambition of national climate contributions?” in Germany



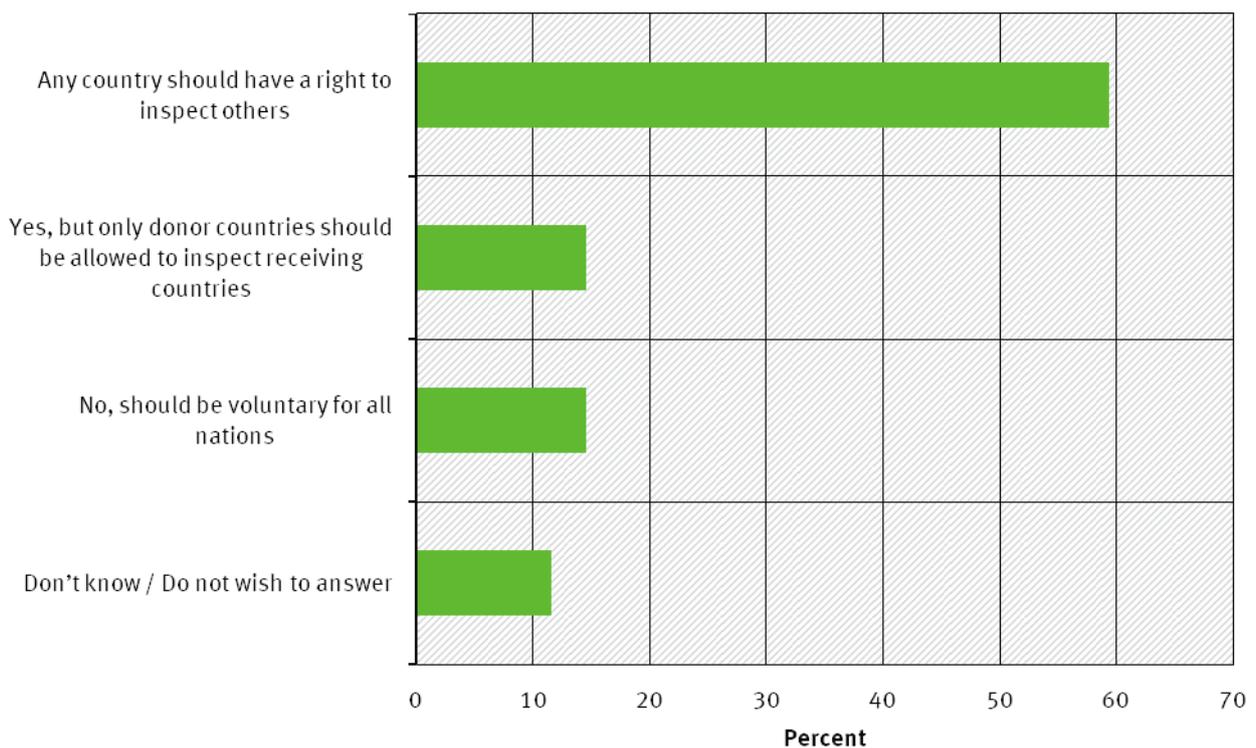
Source: WWV-Consortium

Participants want to spread the burdens that ambitious climate action brings over more shoulders than before. They do not focus on the historical responsibility of developed countries, but look at the current and expected future emissions as an important measure of the distribution of efforts. Consequently, citizens advocate that emerging economies should take more responsibility.

Results of Thematic Discussion Round 5: Making and Keeping Climate Promises

In the fifth round, citizens discussed the design and binding character of a possible new global climate treaty. First they voted on the question of whether nations should agree to an agreement in Paris that provides for adapting the global climate targets every five years, rather than repeatedly negotiating new contracts. This proposal was voted for almost unanimously with 97%. On the question of whether a Paris climate agreement should include short-term national goals, German participants once more showed broad agreement: 84% agreed with the statement that there should be such goals and they should be binding under international law for all states. 3% found that there should be such goals, but they should be binding only for developed countries. Only a tenth found that no short-term goals should be included in a Paris agreement and any national targets should be voluntary in nature.

Illustration 10: Results to the Question “Do you think that countries should have the right to inspect each other’s reporting of mitigation and adaptation efforts?” in Germany



Source: WWV-Consortium

Another question was aimed at evaluating the adequacy of national targets. Participants were asked whether the UN or an organisation on the United Nations level should assess the adequacy of national climate mitigation and adaptation measures. A majority of 58% felt that there should be such an organisation, which evaluated the actions of each nation. Another third of the respondents are in favour of such an evaluation, but only based on the entire global effort. Again the participants agreed almost unanimously on the question of whether the states should create and publish annual reports

on their emissions and the progress of their climate action measures. 98% found that all states should deliver such reports, while 2% said that it should be mandatory for developed countries only.

One of the questions that, in a similar form, could provide for controversy in the international climate negotiations was whether states are allowed to monitor their climate actions mutually. Nearly two-thirds were in favour of each state being able to control any other state. 15% agreed with the statement that only donor countries of climate financing should have the right to control recipient countries. Another 15% rejected any such controls.

Participating citizens favour a new internationally binding climate agreement that already contains short-term targets for reducing emissions. They were also in the large majority for extensive transparency obligations and control.

Results of Thematic Discussion Round 6: How can we contribute to climate action?

The sixth unit of work strongly differed in its design from the preceding discussion rounds. This open form of thematic discussion allowed the citizens to contribute their own suggestions.

The two open questions and relevant subordinate questions were:

1. What can citizens and what can I contribute to climate protection?
 - ▶ In which areas of life (housing, employment, leisure) can I make changes myself?
 - ▶ What changes (e.g. financial or lifestyle) are acceptable for me?
2. What should the government specifically do?
 - ▶ to make progress on climate mitigation and adaptation in Germany? What exactly is possible in respect to housing, employment, leisure time?
 - ▶ to promote climate protection at the international level?

Each participant received three index cards in two colours, on which ideas and proposals should be written down during or subsequent to the discussion. Here, three proposals to Question 1 and three proposals to Question 2 were to be submitted. In some instances, however, more than one proposal was written on a card or several points were mentioned in the same sentence, so that more proposals were made than intended. An evaluation of the individual comments shows that most of the recommendations to the question “What can citizens do?” saw a change in the purchasing behaviour as an opportunity (68 comments) to contribute to climate protection, for example, by “consuming less” (23) or purchasing regional and seasonal products (18). An important individual contribution to climate change was understood as the reduction of road and air transport (57).

In the discussion of measures which policy makers can seize to further promote climate action, the reduction of CO₂ in traffic came first. For example, citizens demanded cheaper or free public transport and the expansion of bicycle paths about 40 times.

Overall it was recommended that the climate should be considered in the formulation of industry norms and standards (35). Last but not least it was demanded that the government should step up its efforts in training and education (26), in schools and day care centres for example.

In the following the results of the open questions from the sixth thematic discussion round of the German WWV citizen’s consultation are summarised. The results were categorised for evaluation; identical or similar proposals were merged under one heading. The number of nominations stated is in parentheses.

Results to Question 1: What can citizens do?

- ▶ Change purchasing behaviour (68)
- ▶ Reduce car and airplane travel (58)
- ▶ Save electricity and water (37)
- ▶ Insulate houses; heat less and more consciously (12)
- ▶ More education and information on environmental protection (12)
- ▶ Set up a private fund for financing climate action (2)

Results for question 2: What should the government do?

- ▶ Reduce CO₂ emissions in transport (40)
- ▶ Set norms and standards which take the climate into account (39)
- ▶ More education/awareness on climate change (34)
- ▶ Fund climate action measures (24)
- ▶ Encourage/obligate more cooperation with businesses (12)
- ▶ Practice an active climate policy/be a role model (12)
- ▶ Reduce/abolish climate-damaging subsidies (10)
- ▶ Other suggestions (8)
- ▶ More transparency in climate policy (7)
- ▶ Introduce penalties and taxes for polluters (6)
- ▶ Reinforce international cooperation on climate change (6)
- ▶ Promote climate research (3)
- ▶ Promote climate mitigation and adaptation projects in developing countries (3)
- ▶ Subsidise climate-friendly products (3)
- ▶ Secure finance for climate action (3)

1.4 Conclusion: The World Wide View Process as an Instrument of (international) Citizen Participation

On 6th June 2015, a successful citizen's consultation was held in Berlin, in which more than 70 citizens of all ages (over 18) and different backgrounds participated. Germany has made an important contribution to ensuring that the world's largest participation process so far was a success. Many, if not all, positions supported by the majority of participants are reflected in the Treaty of Paris (see Chapter 5) and thus it can be said that WWV on Climate and Energy has contributed to the successful completion of the Paris Agreement.

In addition, the event has contributed to sensitising citizens on the issues of energy, climate change and protection. In particular, in the last working unit related to Germany, they were encouraged to think about their own opportunities for action. This showed that a contribution to climate protection can be made through consumption and in the choice of transport. Furthermore, participants were also asked to make suggestions for the future development of climate policy. The relevance of bind-

ing norms and standards was emphasised, particularly in the transport sector, but more education and awareness was also expressed.

The fact that the results were taken seriously by German politics was ensured by their internal distribution at the UBA and BMUB and through presentations before the Committee on the Environment of the Bundestag and in a discussion meeting with its chairwoman during COP 21.

Approximately 10,000 citizens were reached face-to-face in the international process through their participation in citizen consultations and integration into a global dialogue on climate change. Their views and opinions were presented in summarised form to delegations and other key stakeholders and climate-actors as input on the way to Paris. Presentations and personal conversations made it clear that it was important to first create a basis of trust. Confidence in the results of the WWV process could be obtained firstly through the well thought out methodical approach, and on the other hand the neutrality of the local organisers (no large NGOs from the environmental sector, no political actors) played an important role. In order to ensure that the methods could be applied uniformly to all citizens' consultations, the carefully selected national partner organisations were trained both in workshops and in several online seminars. The substantive basis materials were created by the international coordination (information brochure and videos, poll questions) and delivered to the partners, along with the online tool offering equal access to the results.

The tasks of the dissemination and communication of results was shared by international coordination partners and local partners. The results were prepared by Missions Publiques and DBT and presented at the international level, for example at the preliminary negotiations in Bonn and alongside the UN General Assembly in New York. During this time local partners sought to present and to spread the results of their citizens' consultations and the global outcome in their countries, particularly to the national decision-makers.

The success of WWV on Climate and Energy in 2015 has helped to establish recognition for the method internationally as a possibility for global citizen participation. There are, for example, exploratory talks with Morocco, to prepare and accompany the next COP through WWV as a best practice of citizen participation.

The scientifically accurate information materials, the trust built through recurrent and serious exchange with actors on the political level, and the exchange with non-governmental organisations and networks led to an increased appreciation and the recognition of the sovereign, that is, the citizens who are those affected by climate change. Talks with leaders in the Secretariat of the UNFCCC as well as at the national level in various countries have made it clear that there is an interest to strengthen the issue of participation. In Article 12 of the Paris Agreement, the importance of "public participation" in climate policy was upheld, but participation here is neither binding nor the content further specified. Against this background, the WWV Alliance calls on governments not to reduce the keyword of public participation to consultations with NGOs and interest groups. The involvement of citizens who are not members of such organisations, or do not feel represented by them, that is, the non-organised civil society, should continue to be facilitated and expanded. This applies for example also to the formulation and refinement of national measures to implement the global framework contract. Here, a broad national participation process could contribute advice to set realistic climate policy priorities and to design concrete measures to introduce as proposals in the political process. An example is the desired introduction of a CO₂ tax both in Germany and worldwide by the majority. It is important that the participation offer is serious and that citizens are involved in a timely and open-ended manner, so that they get the chance to make a constructive contribution.

1 Einleitung: Globaler Bürgerdialog zu Klima und Energie

Drängende globale Fragen wie der Klimawandel und die Sicherung der Energieversorgung werden von Staats- und Regierungsverantwortlichen auf internationaler Ebene diskutiert und verhandelt, ohne aber die individuell Betroffenen, d.h. die Weltbevölkerung, direkt einzubeziehen. So hat der Klimawandel (künftig) zwar unmittelbare Auswirkungen auf das tägliche Leben vieler Menschen, diese haben aber weder Zugang noch Einfluss auf die Verhandlungen und Beschlüsse auf globaler Ebene. Die Staaten erörtern auf großen internationalen Konferenzen zukünftige Zielsetzungen und die Mittel und Wege diese zu erreichen sowie die Finanzierung und Lastenverteilung.

Für den Bereich des Klimaschutzes legt die 1992 verabschiedete Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen den Rahmen der jährlichen Klimaverhandlungen fest. Auf diesen Vertragsstaatenkonferenzen (COP) diskutieren und entscheiden Vertreterinnen und Vertreter aller 197 Vertragsparteien über die globalen Anstrengungen zum Klimaschutz. Zwar haben viele Interessengruppen in gewissem Ausmaß Zugang zu den Verhandlungen bzw. können Kontakt zu den Delegierten aufnehmen. Darunter sind neben den Vertretern der Wirtschaft auch die großen, international vernetzten Umwelt- und Naturschutzverbände. Die nicht organisierte Zivilgesellschaft, d.h. die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die keiner solchen Organisation angehören, konnte bisher ihre Stimme jedoch nicht in den Verhandlungsprozess und damit in Entscheidungen über die globalen Weichenstellungen des Klimaschutzes einbringen.

Mit der von Dänemark und Frankreich in 2009 begonnenen Initiative für eine weltweite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern „World Wide Views“ (WWV) ist aus diesem Grund eine Möglichkeit geschaffen worden, der nicht organisierten Zivilgesellschaft eine Plattform zu bieten, um ihre Stimme einzubringen. Der methodische Kern dieses Beteiligungsprozesses ist, dass am gleichen Tag Bürgerinnen und Bürger aus möglichst allen Vertragsstaaten zunächst über den Stand der internationalen Verhandlungen informiert werden. Sie sind dann aufgefordert, selbst über die verhandlungsrelevanten Fragen zu diskutieren, sich auf diese Weise eine Meinung zu bilden und anschließend individuell ihr Votum abzugeben. Dieses weltweite Meinungsbild wird schließlich ausgewertet und in aggregierter Form in die internationalen Verhandlungen eingebracht.

Im vorliegenden Vorhaben standen die zentralen Themen der globalen Klimaverhandlungen der COP 21, die im Dezember 2015 in Paris stattfanden, im Mittelpunkt des Dialogs. Deutschland hatte hier eine wichtige Rolle: als Vorreiter der Energiewende, als wirtschaftsstärkstes Land Europas, als Sitz des Sekretariats der UN-Klimarahmenkonvention sowie der regelmäßig in Bonn stattfindenden Verhandlungsrunden.

Das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) haben vor diesem Hintergrund die Trägerschaft für einen solchen Bürgerdialog in Deutschland übernommen. Sie beauftragten das nexus Institut – mit den Partnern der internationalen Koordination als Unterauftragnehmer – den Dialog unter dem Motto „World Wide Views zu Klima und Energie“ auf der nationalen Ebene in Deutschland zu organisieren und durchzuführen sowie die Ergebnisse zu analysieren und zu verbreiten.

Umweltverbände oder ähnliche Interessenvertretungen für Klima- und Umweltschutz wurden explizit nicht in den Prozess eingebunden. Da diese Vereinigungen weltweit organisiert sind, haben sie bereits Zugang zum internationalen Verhandlungstisch – zumindest als Lobby und in der Position der kritischen Beobachter. Der nicht organisierten Zivilgesellschaft fehlte bislang eine solche Möglichkeit und dies sollte mit Hilfe von WWV ermöglicht werden.

Die Standpunkte der Bürgerinnen und Bürger zu Themen des Klimawandels und des Klimaschutzes sollten am Ende des kurzen aber intensiven Meinungsbildungsprozesses ermittelt werden, um sie dann wissenschaftlich auszuwerten und sie u.a. den Delegationen der Klimaverhandlungen zur Verfü-

gung stellen zu können. Dazu wurde am 6. Juni 2015 in der Bundeshauptstadt Berlin ein Bürgerdialog organisiert, der mehr als 70 Personen informierte, in einen Meinungsaustausch brachte und am Ende jeder Arbeitsphase über Fragen zu Kernthemen der Welt-Klimaverhandlungen abstimmen ließ. Am selben Tag konnten sich auf diese Weise nicht nur Menschen aus Deutschland, sondern aus insgesamt 76 Ländern in den Diskurs um die relevanten Fragen von Klimawandel und Klimaschutz einbringen. Im Ergebnis sollte die Stimmungsbild der Menschen widerspiegeln, die die Folgen des Klimawandels zu tragen haben. Da der Prozess in allen teilnehmenden Ländern auf dieselbe Weise durchgeführt wurde, entstand so innerhalb kurzer Zeit ein weltweites Meinungsbild der nicht organisierten Zivilgesellschaft. Dieses wurde in Form von Dokumentationen und Präsentationen veröffentlicht und in den internationalen Prozess eingebunden. Der vorliegende Bericht dokumentiert sowohl den Prozess als auch die Ergebnisse des Bürgerdialogs. Dabei werden die Ergebnisse des in Deutschland durchgeführten Dialogs im Detail beschrieben und anschließend zu den weltweiten Ergebnissen der Dialoge in Beziehung gesetzt. Das Vorhaben sollte auch Aufschluss darüber geben, wie sich dieses Instrument für künftige Bürgerbeteiligungen eignet. Eine Einschätzung dazu erfolgt in diesem Bericht.

Kurzzusammenfassung der Abstimmungsergebnisse

Am Bürgerdialog zu „World Wide Views on Climate and Energy“ teilgenommen haben 76 Länder mit insgesamt 97 Dialogen. Weltweit brachten so etwa 10.000 Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme zu Gehör. Ihnen gebührt besonderer Dank für ihr Engagement. Die Diskussionsergebnisse des Dialogs zeigen, Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren Regierungen mehr Einsatz beim Klimaschutz. 76% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Berlin stimmten dafür, dass die Staaten „um jeden Preis alles Notwendige beschließen [sollten] um die Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen.“ Weltweit stimmten dieser Aussage 63% zu. Dementsprechend waren weltweit 89% der Beteiligten der Ansicht, dass der Klimaschutz auf der Prioritätenliste ihrer Regierung ganz oben stehen sollte; in Deutschland waren es 84%. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Meinung, Deutschland solle eine Vorreiterrolle einnehmen. So stimmten in Berlin 87% der Aussage zu, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen senken sollte, selbst wenn viele andere Staaten nicht mitziehen sollten. Im weltweiten Durchschnitt forderten dies 79% der Teilnehmenden von ihren Regierungen.

Diese und alle weiteren Ergebnisse aus den WWV-Bürgerdialogen Climate and Energy wurden den nationalen Delegationen auf der Pariser Weltklimakonferenz im Dezember 2015, wie auch auf den Vorverhandlungen in Bonn, mit auf den Weg gegeben und in zahlreichen Veranstaltungen vorgestellt.

2 Der World Wide Views-Prozess

2.1 Die bisherigen World Wide Views-Bürgerdialoge

Das Verfahren, das dem WWV-Prozess zugrunde liegt, wurde 2008 von „The Danish Board of Technology“ (DBT) entwickelt. Das DBT ist eine dänische Stiftung, die sich sowohl mit der Beratung politischer Akteure zu verschiedenen Themen als auch mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen beschäftigt. Wie der Name World Wide Views bereits andeutet, soll mithilfe dieses Verfahrens eine Bürgerbeteiligung auf globaler Ebene ermöglicht werden. Die erste internationale WWV-Bürgerkonsultation wurde 2009 zum Thema Globale Erwärmung im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Kopenhagen durchgeführt. Damals fanden die Veranstaltungen Ende September 2009 in 38 Ländern statt und es nahmen 4.000 Bürgerinnen und Bürger teil. Nach diesem erfolgreichen Debüt wurde wenige Jahre später das Verfahren in einem anderen thematischen Kontext neu aufgelegt. Im Vorfeld der Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen (UN) im indischen Hyderabad wurde 2012 nach diesem Muster eine globale Bürgerkonsultation durchgeführt.

Hieran nahmen 3.000 Bürgerinnen und Bürger in 25 Ländern teil. Am 6. Juni 2015 fand die bisher größte WWV-Bürgerkonsultation statt: Dabei diskutierten bereits ein halbes Jahr vor dem Beginn der UN-Klimakonferenz in Paris 10.000 Bürgerinnen und Bürger an 97 Orten in 76 Ländern über die Themen Klima und Energie. Allein in Frankreich - als Gastgeber der COP im Dezember - wurden 13 Veranstaltungen organisiert. Es waren alle Erdteile vertreten, darunter auch 13 Inselstaaten, die vom Anstieg des Meeresspiegels besonders betroffen sind.

2.2 Die World Wide Views-Methode

Um den Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme in wichtigen internationalen Verhandlungen zu geben, hat sich mit WWV ein standardisiertes Verfahren herausgebildet, das prinzipiell für jedes gesellschaftlich relevante Themenfeld anwendbar ist. Der Grundstein des Verfahrens sind die lokalen Bürgerdialoge in den teilnehmenden Nationen, die alle am selben Tag und nach demselben Schema stattfinden. Die jeweils etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen dabei so ausgewählt werden, dass sie die Vielfalt der Menschen im jeweiligen Land oder der jeweiligen Region widerspiegeln, dabei sollten sie insbesondere im Hinblick auf Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Beruf möglichst gut der Verteilung in der Gesamtbevölkerung entsprechen. Dadurch, dass Menschen mit vielen unterschiedlichen Hintergründen zusammenkommen, sorgt das Verfahren dafür, dass unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen aufeinandertreffen und so ein Prozess der Meinungsbildung entstehen kann. Bei der Auswahl der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger ist es darüber hinaus wichtig, darauf zu achten, dass Laien und nicht Experten einbezogen werden. Schließlich sollen die WWV-Bürgerdialoge dazu beitragen, die Meinungen der sonst nicht repräsentierten Öffentlichkeit in den jeweiligen politischen Entscheidungsfindungsprozess einzubringen.

Da es sich bei den Teilnehmenden um Laien handelt, muss zugleich sichergestellt werden, dass im Vorfeld der Entscheidungsfindung ausreichende und wissenschaftlich fundierte Informationen zur Verfügung gestellt werden. Dies wird durch eine Informationsbroschüre und kurze Informationsvideos sichergestellt, die den wissenschaftlichen Erkenntnisstand zum Thema zusammenfassend darstellen. Diese Materialien werden zentral von der internationalen Koordination auf Englisch und ggf. weiteren Sprachen erstellt und von den Partnern in die jeweilige(n) Landessprache(n) übersetzt. Die Broschüre wird den Teilnehmenden bereits einige Tage vor der Veranstaltung zugesandt. Somit haben alle teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger in allen Bürgerdialogen dieselben Informationen zur Verfügung, auf deren Basis sie diskutieren können.

Abbildung 11: Impressionen von WWV-Bürgerdialogen aus der ganzen Welt

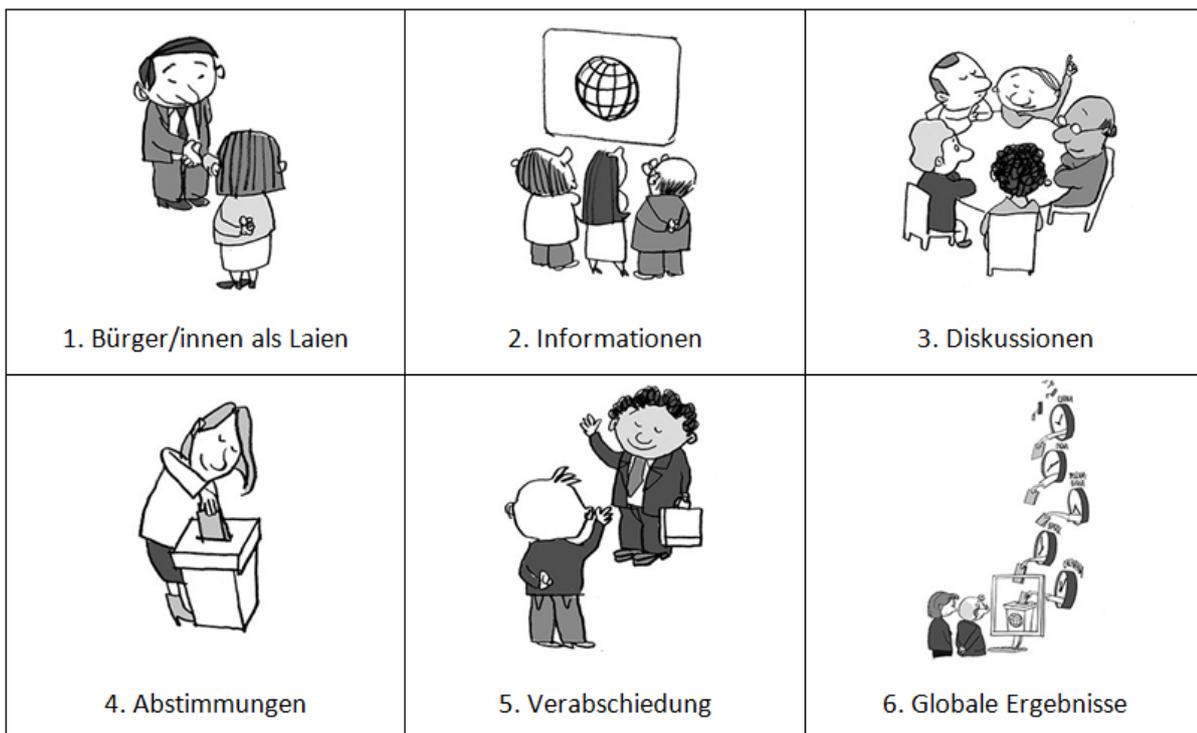


Quelle: WWV-Konsortium

2.3 Der Ablauf eines WWV-Bürgerdialogs

Der Ablauf der Bürgerdialoge ist standardisiert und von der internationalen Koordination weitgehend vorgegeben. Nach einer Begrüßung durch die Veranstalter und nach Möglichkeit eines motivierenden politischen Statements finden mehrere Diskussionsrunden statt. Jede Runde beginnt mit dem Abspielen eines 5-10-minütigen Informationsvideos, das die wichtigsten Informationen zusammenfasst und ggf. auch konträre Sichtweisen darstellt. Auf dieser Grundlage beginnen die Diskussionen. Dazu werden vor Beginn der Veranstaltung kleine Gruppe mit jeweils 5 bis 7 Bürgerinnen und Bürgern gebildet. Diese Gruppegröße soll eine Vielzahl an verschiedenen Meinungen zusammenbringen, aber dennoch jeder und jedem ermöglichen sich in die Diskussion produktiv einzubringen. Die Diskussionen werden von einem Moderator oder Moderatorin geleitet, der keine zusätzliche Informationen oder persönliche Meinungen einbringt. Nach jeder Themen- bzw. Diskussionsrunde bekommen die Bürgerinnen und Bürger Stimmzettel ausgehändigt. Diese sind ebenfalls zentral von der internationalen Koordination erstellt worden. Die Abstimmungsfragen sind thematisch auf die jeweiligen Diskussionsrunden zugeschnitten und es kann aus jeweils mehreren Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden. Sobald die Bürgerinnen und Bürger ihre Abstimmungsbögen ausgefüllt haben, werden sie zur Stimmenauszählung weitergegeben und die Ergebnisse unmittelbar mit Hilfe eines Online-Tools an die internationale Koordination gemeldet. Nachdem alle Abstimmungsbögen einer Runde ausgewertet wurden, werden die Ergebnisse unmittelbar im Internet veröffentlicht.

Abbildung 12: Der standardisierte Ablauf der WWV-Bürgerdialoge



Quelle: WWV-Konsortium

3 World Wide Views zu Klima und Energie 2015

3.1 Vorbereitung

3.1.1 Entwicklung der Inhalte

Die Inhalte und Informationsmaterialien für die WWV-Bürgerdialoge 2015 wurden von der internationalen Koordination entwickelt und bestanden aus drei Komponenten: 1. eine Informationsbroschüre, 2. mehrere Informationsvideos und 3. die Abstimmungsfragen für den Bürgerdialog am 6. Juni 2015. Die Informationsbroschüre mit den wichtigsten Fakten zu den Themen Klimawandel und Energieversorgung wurde durch den Wissenschaftsjournalist Gerard Wynn vorbereitet und geschrieben. Die Abstimmungsfragen wurden in Kooperation mit mehr als 30 Stakeholdern, darunter Kontaktpersonen in UN-Organisationen, der privaten Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen sowie Klimaexpertinnen und -experten, entwickelt. Sie wurden daraufhin mit Hilfe von Fokusgruppen bestehend aus Bürgerinnen und Bürgern in Frankreich, Japan, Uganda und den Vereinigten Staaten getestet. Der internationalen Koordination stand zur Vorbereitung der Materialien ein wissenschaftlicher Beirat zur Seite, der auch Autoren der Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC), dem so genannten Weltklimarat, einschloss. Durch diesen Prozess wurden die wissenschaftliche Korrektheit der Materialien, deren Verständlichkeit und die Relevanz der dargestellten Themen sichergestellt. Ziel war es, die Bürgerinnen und Bürger zu den wichtigsten Themen zu informieren, die auch auf der Klimakonferenz in Paris prioritär verhandelt wurden. Die Organisatoren in den jeweiligen Ländern hatten anschließend die Aufgabe, die Materialien in die jeweiligen Landessprachen zu übersetzen.

Abbildung 13: Ausschnitt aus einem der Informationsvideos



Quelle: Biofaction

3.1.2 Einladung der Bürgerinnen und Bürger

Mit der Koordinierung des deutschen Beitrags zu den WWV-Bürgerdialogen und der Organisation der Veranstaltung wurde im Frühjahr 2015 das nexus Institut beauftragt. Um das Ziel einer möglichst vielfältigen Teilnehmerschaft für den Bürgerdialog zu erreichen, wurden vom Berliner Landesamt für

Bürger- und Ordnungsangelegenheiten 3.500 Adressen per Zufallsstichprobe aus dem Melderegister ermittelt. Mitte Mai 2015 wurden die zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger angeschrieben. Dem Einladungsschreiben lag auch ein Anschreiben der Bundesumweltministerin Frau Dr. Barbara Hendricks bei, um die Bedeutung der Veranstaltung zu betonen und zur Teilnahme zu motivieren. Damit wurde ein bewährtes, wissenschaftlich anerkanntes Verfahren angewendet, das im Ergebnis möglichst die Vielfalt und Lebenswirklichkeit der Bevölkerung widerspiegelt.

3.2 Durchführung: Der Bürgerdialog am 6. Juni 2015

Am Samstag, 6. Juni 2015 fand der bisher größte globale Bürgerdialog statt. Etwa 10.000 Bürgerinnen und Bürger diskutierten auf 97 Veranstaltungen in 76 Ländern¹ zu denselben Fragen in den Themenfeldern Klimawandel und Energie. Den Anfang machten dabei die Menschen auf Fiji. Die letzten Veranstaltungen an diesem Tag endeten in den Bundesstaaten Arizona und Colorado im Westen der Vereinigten Staaten. In einigen Ländern wurden mehrere Bürgerdialoge organisiert, die meisten mit 13 in Frankreich, dem Gastgeber der Weltklimakonferenz im Dezember 2015. In dem überwiegenden Anteil der Länder, darunter Deutschland, fand eine zentrale Veranstaltung statt.

Abbildung 14: Das Tagungswerk Jerusalem



Quelle: nexus

Zum Bürgerdialog in Berlin waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in das Tagungswerk Jerusalemkirche, Berlin Kreuzberg, eingeladen. Die Veranstaltung begann mit Begrüßungen durch den Geschäftsführer des nexus Instituts Prof. Dr. Hans-Liudger Diemel, durch Judith Voß-Stemping vom UBA und Dr. Michael Münnich vom BMUB. Des Weiteren begrüßte Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks mit einer Videobotschaft. Die gesamte Veranstaltung wurde durch eine Moderation (Dr. Angela Jain, nexus) begleitet.

¹ DBT, MS, CNDP (2015). World Wide Views on Climate and Energy: From the World's Citizens to the Climate and Energy Policymakers and Stakeholders. http://climateandenergy.worldviews.org/wp-content/uploads/2015/09/WWviews-Result-Report_english_low.pdf

Die folgenden fünf Themen wurden auf allen Bürgerdialogen weltweit behandelt:

1. Die Relevanz des Klimaschutzes
2. Instrumente für den Klimaschutz
3. UN-Klimaverhandlungen und nationale Verpflichtungen
4. Gerechtigkeit und Verteilung
5. Klimaversprechen abgeben und einhalten

Die sechste Themenrunde konnte in jedem Land individuell gestaltet werden. In Absprache mit den Auftraggebern standen zwei Fragen im Vordergrund; Zum einen „Was können Bürgerinnen und Bürger, was kann ich zum Klimaschutz beitragen?“ und zum anderen „Was sollte die Politik konkret tun?“.

3.2.1 Ablauf: Themenrunden

Die ersten fünf Themenrunden liefen nach dem oben skizzierten, standardisierten Prinzip ab. Zunächst wurde jeweils ein 5- bis 10-minütiges Informationsvideo gezeigt, das den Inhalt der Informationsbroschüre zum jeweiligen Thema zusammenfasste. Danach hatten die Bürgerinnen und Bürger zwischen 30 und 45 Minuten Zeit für die Diskussion in ihren Kleingruppen. Nach Ablauf der Diskussionszeit wurden die Abstimmungsbögen individuell ausgefüllt. Die Ergebnisse wurden umgehend über ein Online-System erfasst. Nach Eingabe aller Abstimmungsbögen zu einer Themenrunde wurden die Ergebnisse sofort im Internet veröffentlicht. Somit war es bereits während der Veranstaltung möglich, den Bürgerinnen und Bürgern erste Ergebnisse zu mitzuteilen.

In der sechsten Runde wurde kein Video gezeigt und keine Abstimmungsbögen ausgegeben. Ziel war es, dass die Bürgerinnen und Bürger über zwei offenen Fragen diskutieren und ihre Antworten auf Moderationskarten schreiben. Sie konnten somit ihre Antworten frei formulieren und mussten nicht aus vorgegebenen Antwortmöglichkeiten auswählen.

Abbildung 15: Der Veranstaltungssaal im Tagungswerk Jerusalem



Quelle: nexus

3.2.2 Live-Schaltungen

Als einer der Höhepunkte der Veranstaltung und zur Verdeutlichung des internationalen Charakters des WWV-Prozesses sollten Videoschalten per Skype zu Bürgerdialogen in anderen Ländern sowie zum „Hauptquartier“ der internationalen Koordination in Paris dienen. Per Webcam wurde eine Videokonferenz mit dem WWV-Bürgerdialog in Nigeria organisiert. So konnten beide Seiten Eindrücke über den Ablauf und die Atmosphäre der jeweils anderen Veranstaltung bekommen. Kurz darauf wurde auch eine Schaltung zu den Organisatoren nach Paris durchgeführt.

3.3 Ergebnisse des Bürgerdialogs in Berlin

Bereits während der Bürgerdialoge am 6. Juni 2015 wurden laufend die Ergebnisse der Abstimmungen im Internet veröffentlicht. Auf der offiziellen Internetseite von WWV zu Klima und Energie unter <http://climateandenergy.wvwviews.org/results/> sind alle Ergebnisse abrufbar. Es lassen sich auf der Seite die Ergebnisse aus allen Ländern anzeigen bzw. auch einzelner Bürgerdialoge in Ländern, die mehrere Veranstaltungen organisierten. Es ist darüber hinaus möglich, das globale Ergebnis oder voreingestellte Gruppen von Staaten separat zu betrachten oder miteinander zu vergleichen. Darüber hinaus kann nach den Kriterien Alter und Geschlecht der Teilnehmenden charakterisiert werden. So können bemerkenswerte Ergebnisse sichtbar gemacht werden, da Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Meinungen zum Klimaschutz in den einzelnen Ländern oder Gruppen von Ländern zum Ausdruck kommen.

Ergebnisse Themenrunde 1: Die Relevanz des Klimaschutzes

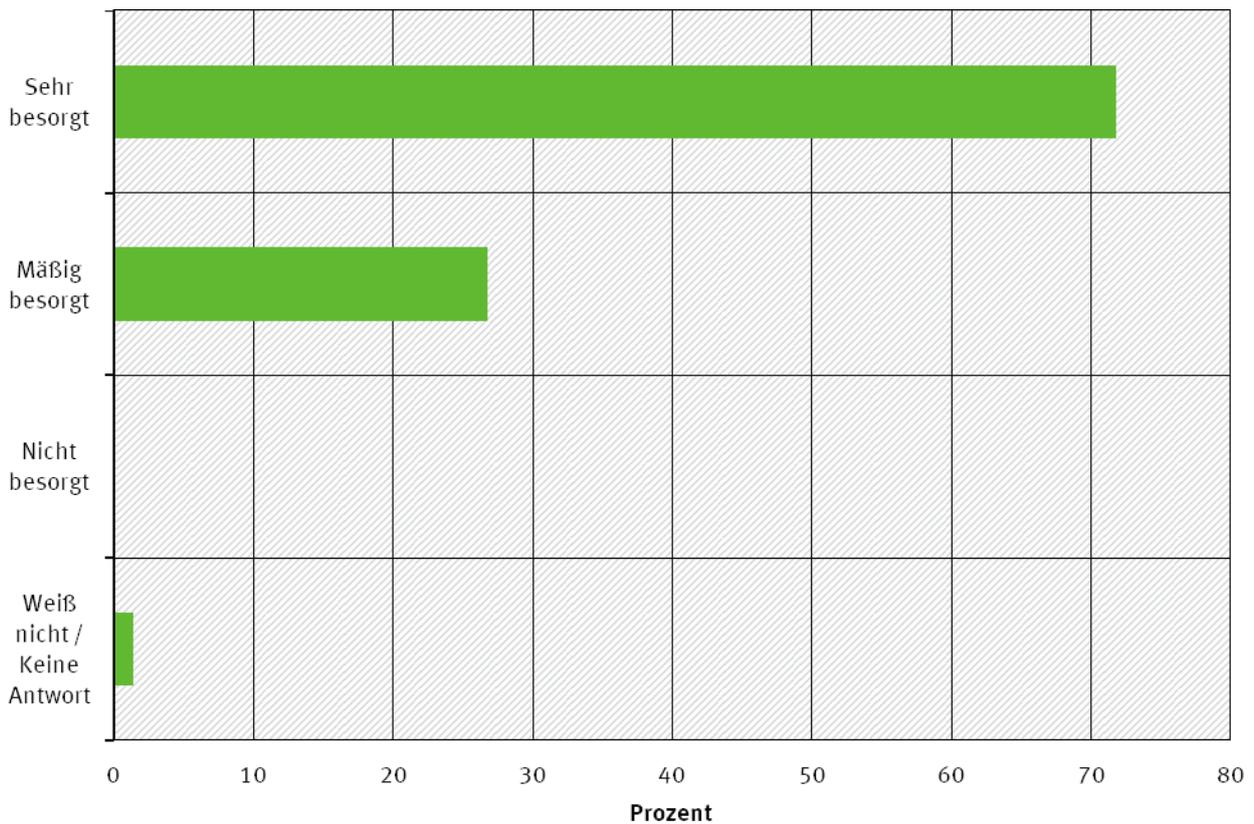
Die erste Arbeitseinheit behandelte allgemeine Themen in Bezug auf den Klimawandel und den internationalen Klimaschutz. Auf die erste Frage, inwiefern sie wegen der Folgen des Klimawandels besorgt sind, antworteten drei Viertel der Teilnehmenden, dass sie sehr besorgt seien. Mäßig besorgt war ein Viertel. Keine Stimme wurde für die Antwortoption „nicht besorgt“ abgegeben.

Eine weitere Frage betraf die Einschätzung wie der Klimaschutz die Lebensqualität der Menschen beeinflusst. In Berlin hielten zwei Drittel der Befragten Klimaschutzmaßnahmen für eine Möglichkeit die Lebensqualität zu verbessern, während ein Viertel sie als eine Gefährdung der Lebensqualität ansahen. Darüber hinaus beurteilten die Bürgerinnen und Bürger die Ergebnisse der Weltklimaverhandlungen der letzten Jahre sehr kritisch. 86% der Befragten waren der Meinung, dass sie seit der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention von 1992 nicht genug zum Klimaschutz beitrugen. Interessant waren auch die Antworten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Frage, wie dringend die Weltgemeinschaft auf den Klimawandel reagieren sollte. Drei Viertel der Befragten fanden, dass um jeden Preis alles Notwendige unternommen werden sollte, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen auf höchstens 2°C zu begrenzen². Ein Fünftel fand, dass zwar ehrgeizige Maßnahmen ergriffen werden sollten, jedoch nicht um jeden Preis. Nur 3% der Bürgerinnen und Bürger fanden, dass sich am derzeitigen Vorgehen nichts ändern sollte. Dennoch sagten 69%, dass global der Fokus gleichermaßen auf dem Klimaschutz als auch auf der Klimafolgenanpassung liegen sollte. Dagegen wollte jede/r Vierte den Fokus hauptsächlich auf Klimaschutz legen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Klimaschutzmaßnahmen von einem Großteil der Befragten befürwortet wird. Die Einhaltung der 2°C-Grenze „um jeden Preis“ wird von drei Viertel der Befragten gefordert.

² In Paris einigten sich die Vertragsstaaten auf die noch ambitioniertere Temperaturgrenze von „deutlicher unter 2 Grad Celsius“ (Artikel 2, Paragraph 1(a) der Vereinbarung von Paris (FCCC/CP/2015/10/Add.1)). Im Folgenden wird weiterhin von der „2°C-Grenze“ gesprochen.

Abbildung 16: Ergebnis zur Frage „Wie besorgt sind Sie wegen der Folgen des Klimawandels?“ in Deutschland



Quelle: WWV-Konsortium

Ergebnisse Themenrunde 2: Instrumente für den Klimaschutz

In der zweiten Arbeitseinheit ging es um konkrete Maßnahmen und Instrumente für den Klimaschutz. Hier wurden die Bürgerinnen und Bürger unter anderem gefragt, welche Ansätze sie zur Reduzierung der Emissionen von Kohlenstoffdioxid (CO₂) bevorzugen. Bei dieser Frage konnten die Teilnehmenden bis zu zwei Optionen aus einer Reihe unterschiedlicher Ansätze auswählen. Am häufigsten entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mit jeweils 39% für die Unterstützung der Erforschung CO₂-armer Technologien und die Subventionierung CO₂-armer Energieträger. Fast gleichauf mit 38% liegt die Verringerung der Subventionen für fossile Energieträger.

Eine weitere, damit in Verbindung stehende Frage war, wie die Welt mit der Erkundung neuer Lagerstätten fossiler Energieträger umgehen sollte. Jede/r Zweite wollte die Erkundung sämtlicher neuer Vorkommen stoppen. Nur die Erkundung neuer Kohlevorkommen zu beenden, fand Zustimmung bei 16% der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger. Für die weitere Erkundung von Vorkommen fossiler Energieträger plädierte jede/r Fünfte. Die Teilnehmenden wurden auch gefragt, ob sie die Einführung einer CO₂-Steuer befürworteten. Eine große Mehrheit bejahte dies: 13% würden eine solche für alle Staaten einführen und jede/r Zweite würde diese Steuer ebenfalls einführen, aber die Kosten für Staaten mit geringer Emissionsreduzierung erhöhen. Ein weiteres Drittel würde diese Steuer entsprechend dem Entwicklungsstand eines Landes festsetzen. 4% lehnen eine CO₂-Steuer ab.

Die Bürgerinnen und Bürger befürworten demnach die Unterstützung Erneuerbarer Energien durch Subventionen. Darüber hinaus sprechen sie auch für die Begrenzung des Einsatzes von fossilen

Energieträgern aus, sei es durch deren Besteuerung bzw. Verringerung von Subventionen oder der Begrenzung der Förderung von Öl, Gas und Kohle.

Abbildung 17: Ergebnis zur Frage „Welche der folgenden Ansätze bevorzugen Sie für umfangreiche Einschnitte in die Treibhausgasemissionen?“ in Deutschland

Quelle: WWV-Konsortium

Ergebnisse Themenrunde 3: UN-Klimaverhandlungen und nationale Verpflichtungen

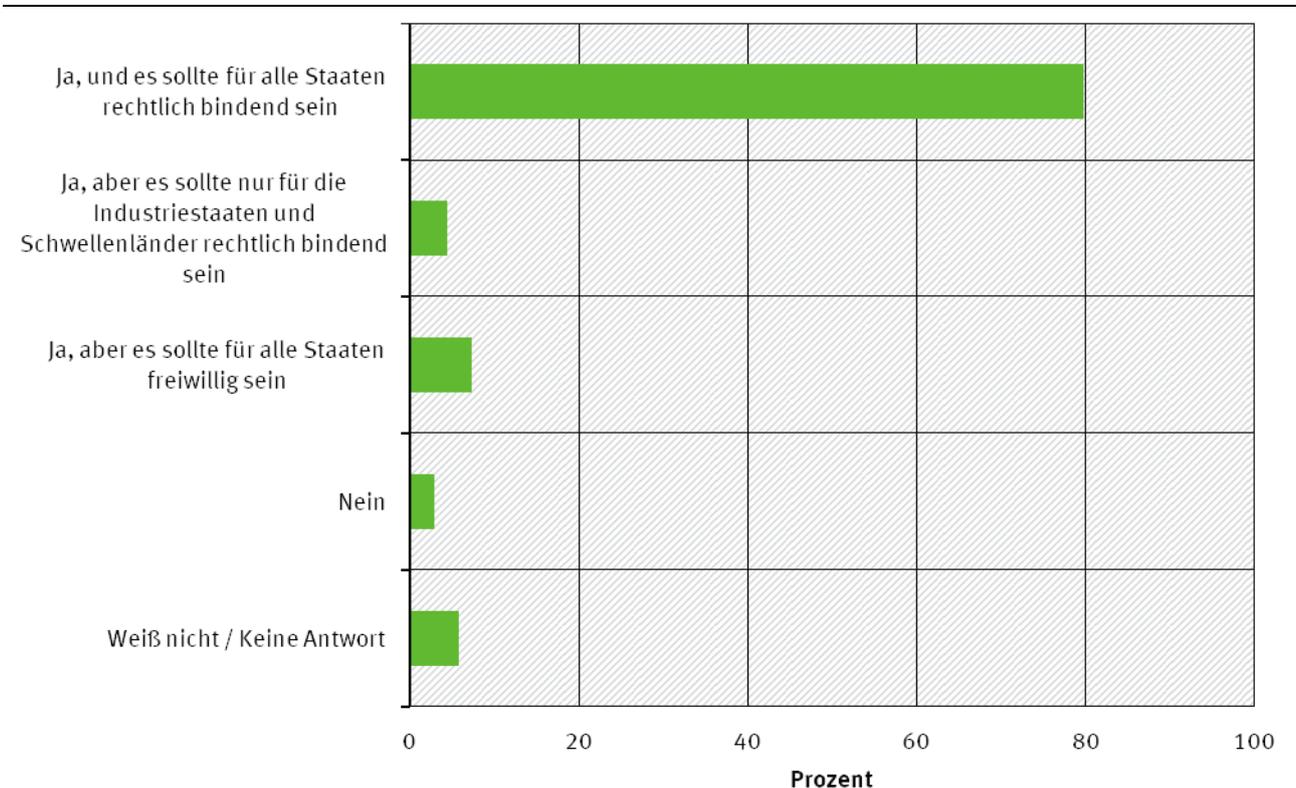
Die dritte Themenrunde behandelte die UN-Klimaverhandlungen. Bei der Frage, ob der Klimawandel in Deutschland eine nationale Priorität ist, waren die Meinungen gespalten: die Hälfte der Teilnehmenden fand, dass der Klimawandel für Deutschland eine nationale Priorität sei, 44% fanden, dass er das nicht sei. Unabhängig von dieser Einschätzung sagten 84% der Bürgerinnen und Bürger, dass der Klimawandel eine nationale Priorität sein sollte. Dementsprechend forderten 87% der Befragten, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen senken muss, selbst wenn viele andere Staaten dies nicht tun. Ein Zehntel würde eine Senkung der deutschen Emissionen von den Anstrengungen ande-

rer Staaten abhängig machen. Keiner der Teilnehmenden stimmte gegen eine Reduzierung der Emissionen.

Ähnlich wie in den vorherigen Arbeitseinheiten waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Berlin auch bei der Frage einig, ob sich die Staaten auf der Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 auf ein langfristiges Emissionsziel bis auf null verständigen sollten. Vier von fünf Befragten befürworteten ein solches Abkommen und waren der Meinung, dass es für alle Staaten der Welt völkerrechtlich bindend sein sollte. Dementsprechend gering waren die Anteile derer, die ein solches Abkommen entweder nur für die Industrie- und Schwellenländer verbindlich machen wollten (4%) oder komplett auf Freiwilligkeit setzten (7%).

Die Ergebnisse dieser Themenrunde zeigen ein Mal mehr, dass die Bürgerinnen und Bürger eine ambitionierte Klimaschutzpolitik wollen. Sie erwarten entsprechende Entscheidungen der Politik auf nationaler und internationaler Ebene.

Abbildung 18: Ergebnis zur Frage „Sollte ein Pariser Abkommen ein globales, langfristiges Ziel beinhalten, das eine Verringerung der Emissionen auf null bis Ende dieses Jahrhunderts vorsieht?“ in Deutschland



Quelle: WWV-Konsortium

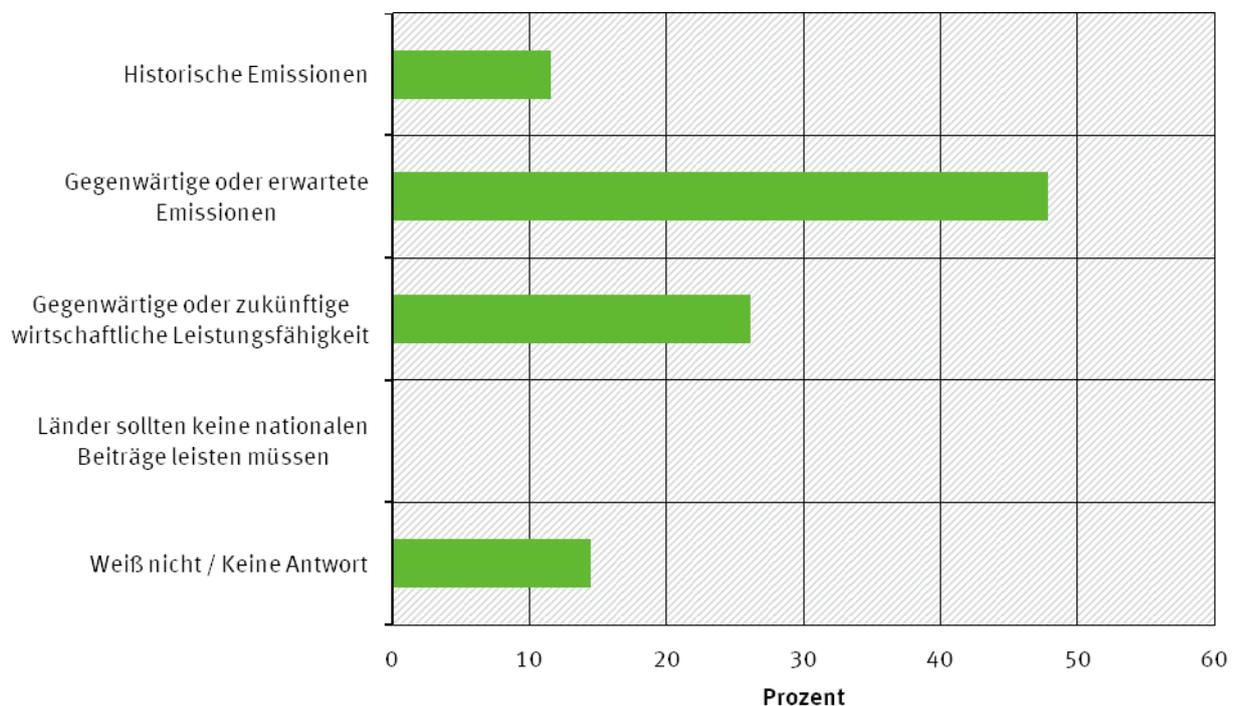
Ergebnisse Themenrunde 4: Gerechtigkeit und Verteilung

In der vierten Arbeitseinheit des Tages wurden die Probleme der Gerechtigkeit und Fairness in den Klimaverhandlungen thematisiert. Zunächst wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, was sie für die geeignete Grundlage zur Festsetzung der nationalen Klimaschutzmaßnahmen halten. Die Hälfte der Befragten hielt die gegenwärtigen oder erwarteten Emissionen für die beste Option. Für die gegenwärtige oder zukünftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes stimmte ein weiteres Viertel. Jede/r Zehnte der Befragten fand, dass die historischen Emissionen die beste Grundlage wären. 15% gaben keine Antwort.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden auch nach ihrer Meinung zum Verhältnis der Industrie- und Entwicklungsländer gefragt. Es ging dabei insbesondere um die Differenzierung innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer. Es wurde gefragt, ob wohlhabendere Entwicklungsländer mehr zum Klimaschutz beitragen sollten als die ärmsten Staaten der Welt. Drei Viertel der Befragten waren der Meinung, dass reichere Entwicklungsländer eine eigene Kategorie seien. Sie sollten mehr Pflichten haben als die ärmsten Ländern, aber weniger Pflichten als die Industriestaaten. Dass die reicheren Entwicklungsländer dieselben Pflichten haben sollten wie die Industriestaaten fand ein Viertel der Teilnehmenden. Die Teilnehmenden wurden auch gefragt, ob nur die Industriestaaten in den grünen Klimafonds einzahlen sollten. 90% verneinten dies und fanden, dass auch die reicheren Entwicklungsländer Gelder für den Fonds bereitstellen sollten. Darüber hinaus sollten die Bürgerinnen und Bürger darüber abstimmen, ob die Entwicklungsländer ihre Maßnahmen zum Klimaschutz von der Finanzierung durch die Industriestaaten abhängig machen sollten. Fast zwei Drittel der Befragten verneinten dies. Ein Viertel war der Meinung, dass sie dies zumindest teilweise machen sollten. Und jede/r Zehnte würde es befürworten, wenn die Entwicklungsländer ihre Klimaschutzmaßnahmen komplett von der Finanzierung durch die Industriestaaten abhängig machen würden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen die Lasten, die ein ambitionierter Klimaschutz mit sich bringt, auf mehr Schultern verteilen als bisher. So fokussieren sie sich nicht auf die historische Verantwortung der Industriestaaten, sondern sehen die jetzigen und für die Zukunft erwarteten Emissionen als wichtigen Maßstab zur Verteilung der Anstrengungen. Folgerichtig sprechen sich die Bürgerinnen und Bürger dafür aus, dass die Schwellenländer mehr Verantwortung übernehmen sollten.

Abbildung 19: Ergebnis zur Frage „Was wäre die beste Grundlage für die Festsetzung der nationalen Klimabeiträge?“ in Deutschland



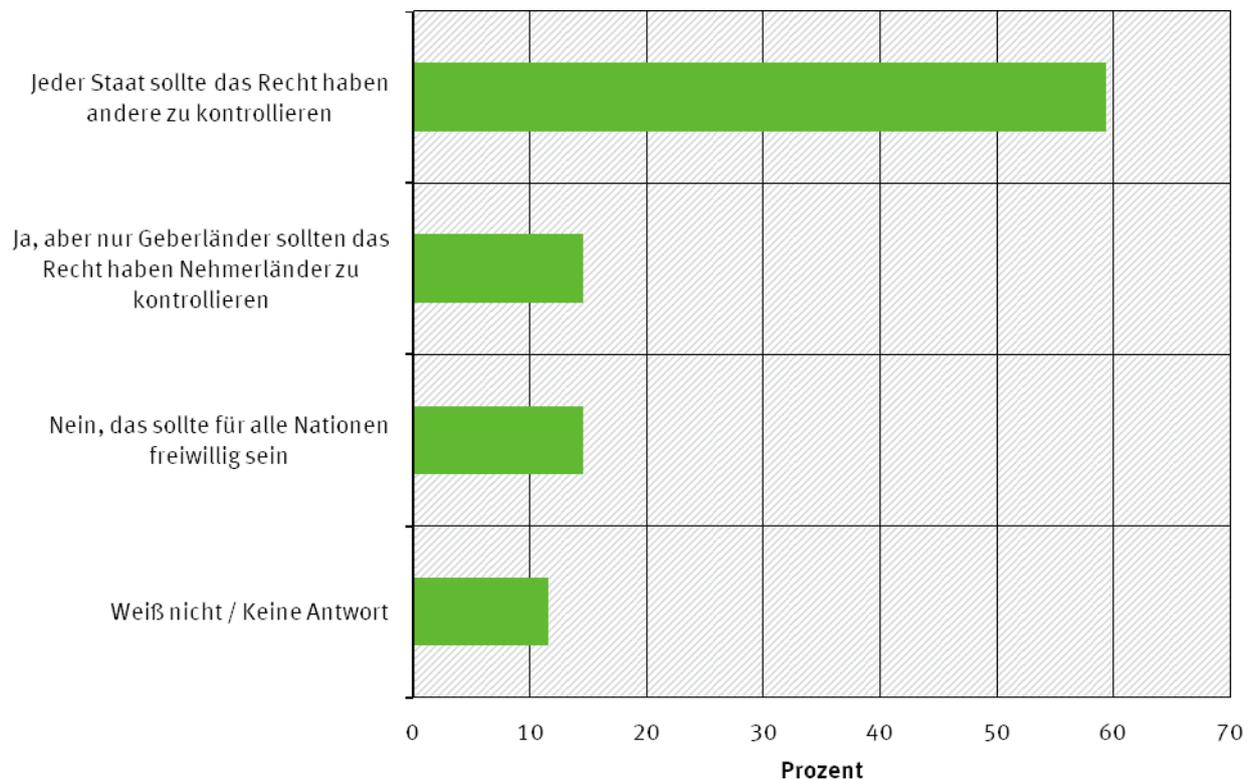
Quelle: WWV-Konsortium

Ergebnisse Themenrunde 5: Klimaversprechen abgeben und einhalten

In der fünften Themenrunde diskutierten die Bürgerinnen und Bürger die Ausgestaltung und Verbindlichkeit eines möglichen neuen Weltklimavertrages. Zunächst wurde über die Frage abgestimmt,

ob die Staaten sich in Paris auf ein Abkommen verständigen sollten, das vorsieht die globalen Klimaziele alle fünf Jahre anzupassen, anstatt immer wieder neue Verträge auszuhandeln. Diesem Vorschlag stimmten die Teilnehmenden mit 97% fast einstimmig zu. Auch auf die Frage, ob ein Pariser Klimaabkommen kurzfristige nationale Ziele beinhalten sollte, zeigten die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder große Einigkeit: 84% stimmten der Aussage zu, dass es solche Ziele geben sollte und sie für alle Staaten völkerrechtlich verbindlich sein sollten. Dass es solche Ziele geben, aber sie nur für die Industriestaaten verbindlich sein sollten, fanden 3%. Nur ein Zehntel fand, dass keine kurzfristigen Ziele in ein Pariser Abkommen aufgenommen worden sollten und etwaige nationale Ziele damit freiwilliger Natur sein sollten.

Abbildung 20: Ergebnis zur Frage „Sollten die Staaten das Recht haben, die Berichte über Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung wechselseitig zu kontrollieren?“ in Deutschland



Quelle: WWV-Konsortium

Eine weitere Frage zielte auf die Bewertung der Angemessenheit der nationalen Ziele ab. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden gefragt, ob die UN oder eine Organisation auf UN-Ebene die Angemessenheit der nationalen Klimaschutzmaßnahmen beurteilen sollte. Eine Mehrheit von 58% fand, dass es eine solche Organisation geben sollte, die die Maßnahmen jedes Staates bewertet. Ein weiteres Drittel der Befragten befürwortete eine solche Bewertung, jedoch nur der globalen Anstrengungen. Wieder fast einstimmig stimmten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Frage ab, ob die Staaten über ihre Emissionen und den Fortschritt ihrer Klimaschutzmaßnahmen jährliche Berichte erstellen und veröffentlichen sollten. 98% fanden, dass alle Staaten solche Berichte abliefern sollten, während 2% sagten, dass dies nur für die Industriestaaten verpflichtend sein sollte.

Eine der Fragen, die in ähnlicher Form auch in den internationalen Klimaverhandlungen für Kontroversen sorgen könnte, war, ob die Staaten gegenseitig ihre Klimamaßnahmen kontrollieren dürfen. Fast zwei Drittel befürworteten, dass jeder Staat die Möglichkeit haben sollte, jeden anderen Staat zu

kontrollieren. 15 % stimmten der Aussage zu, dass nur die Geberländer von Klimaentwicklungshilfe das Recht haben sollten die Nehmerländer zu kontrollieren. Weitere 15% lehnten solche Kontrollen ab.

Die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger befürworteten ein neues völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen, das bereits kurzfristige Zielvorgaben zur Emissionsreduzierung enthält. Außerdem sprachen sie sich mit großen Mehrheiten für weitgehende Transparenzpflichten und Kontrollmöglichkeiten aus.

Ergebnisse Themenrunde 6: Was können wir zum Klimaschutz beitragen?

Die sechste Arbeitseinheit unterschied sich in ihrer Ausgestaltung stark von den vorhergehenden Themenrunden. Diese offener gestaltete Themenrunde erlaubte den Bürgerinnen und Bürger eigene Vorschläge einzubringen.

Die zwei offenen Fragen und jeweiligen untergeordneten Fragen lauteten:

1. Was können Bürgerinnen und Bürger, was kann ich zum Klimaschutz beitragen?
 - ▶ In welchen Lebensbereichen (Wohnen, Arbeiten, Freizeit) kann ich selbst für Veränderungen sorgen?
 - ▶ Welche Veränderungen (z. B. finanziell oder im Lebensstil) sind für mich hinnehmbar?

2. Was sollte die Politik konkret tun?
 - ▶ um in Deutschland Fortschritte im Klimaschutz zu erzielen? Was ist konkret bei Wohnen, Arbeiten, Freizeit möglich?
 - ▶ um auf der internationalen Ebene Klimaschutz zu fördern?

Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer erhielt jeweils drei Moderationskarten in zwei Farben, auf denen während oder im Anschluss an die Diskussion Ideen und Vorschläge aufgeschrieben werden sollten. Dabei sollten jeweils drei Vorschläge zu Frage 1 und drei Vorschläge zu Frage 2 abgegeben werden. Teilweise wurde jedoch mehr als ein Vorschlag auf eine Moderationskarte geschrieben bzw. es wurden mehrere Punkte in einem Satz genannt, so dass insgesamt mehr Vorschläge erarbeitet wurden. Eine Auswertung der einzelnen Kommentare zeigt, dass die meisten Empfehlungen zu der Frage „Was können Bürgerinnen und Bürger tun?“ ein verändertes Einkaufsverhalten (68 Kommentare) als Möglichkeit gesehen wird, zum Klimaschutz beizutragen, z.B. durch „weniger konsumieren“ (23) oder regionale und saisonale Produkte kaufen (18). Ein wichtiger individueller Beitrag zum Klimaschutz wird auch in der Reduzierung des Auto- und Flugverkehrs gesehen (57).

Bei der Diskussion von Maßnahmen, die die Politik ergreifen könnte, um Klimaschutz weiter zu fördern stand an erster Stelle die CO₂-Reduzierung im Verkehr. Über 40 Mal forderten die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr billiger oder kostenlos anzubieten und Radwege weiter auszubauen.

Allgemein wurde empfohlen, bei der Ausgestaltung von Normen und Standards den Klimaschutz zwingend zu berücksichtigen (35). Nicht zuletzt wurde gefordert, dass die Politik sich noch stärker um Bildung und Aufklärung bemühen sollte (26), z.B. in Schulen und Kitas.

Abbildung 21: Ein Teilnehmer schreibt seine Vorschläge für mehr Klimaschutz auf eine Moderationskarte



Quelle: nexus

Im Folgenden sind die Ergebnisse der offenen Fragen aus der sechsten Themenrunde des deutschen WWV-Bürgerdialogs ausführlich dargestellt. Für die Auswertung wurden die Ergebnisse kategorisiert, d.h. gleichlautende oder ähnliche Vorschläge wurden unter einer Überschrift zusammengefasst. Wo es möglich war, wurden Unterüberschriften erstellt, um ein besseres Verständnis für die Vorschläge der Teilnehmenden zu erhalten. In den Klammern ist die Anzahl der Nennungen vermerkt.

Ergebnisse zu Frage 1: Was können die Bürgerinnen und Bürger tun?

- ▶ Einkaufsverhalten verändern (68)
 - Weniger konsumieren (24)
 - Weniger und bewusster einkaufen (12)
 - Weniger Fleisch konsumieren (5)
 - Plastiktüten vermeiden (7)
 - Regionale und saisonale Produkte kaufen (18)
 - Müll trennen und vermeiden (14)
 - Produkte länger nutzen (6)
 - Nachhaltige Produkte kaufen (4)
 - Kauf von Öko- und Fairtrade-Kleidung (1)
 - Nutzung von Recyclingpapier (1)
 - Ökostrom beziehen (2)
 - Mehr Geld für bewussten Konsum ausgeben (3)
 - CO₂-Label für den bewussten Konsum einführen (2)
- ▶ Auto- und Flugverkehr reduzieren (58)
 - Im Alltag ÖPNV/ Fahrrad nutzen (47)
 - Fernreisen mit dem Flugzeug vermeiden (11)
- ▶ Strom und Wasser sparen (37)
- ▶ Häuser wärmedämmen; weniger und bewusster heizen (12)

- ▶ Mehr Aufklärung und Informationen zum Klimaschutz (12)
- ▶ Private Fonds zur Finanzierung des Klimaschutzes einrichten (2)

Ergebnisse zu Frage 2: Was sollte die Politik tun?

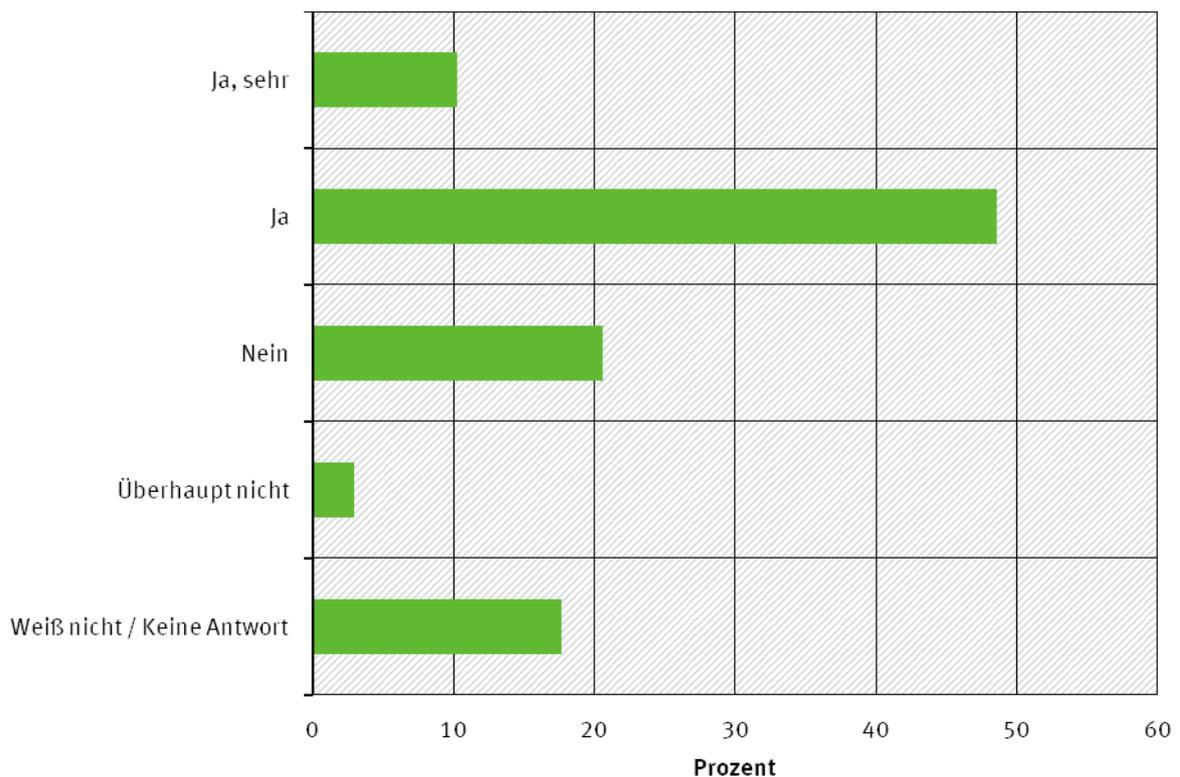
- ▶ CO₂-Emissionen im Verkehr verringern (40)
 - ÖPNV billiger/ kostenlos machen (16)
 - Radwege ausbauen (10)
 - Förderung von Elektromobilität (7)
 - Mehr autofreie Bereiche schaffen (5)
 - Weniger Flugverkehr (1)
 - Privates Carsharing fördern (1)
- ▶ Normen und Standards setzen, die den Klimaschutz berücksichtigen (39)
 - Standards allgemein (9)
 - Standards im Verkehrssektor (7)
 - Standards für Konsumgüter (5)
 - Standards für Gebäude (5)
 - Standards in der Landwirtschaft (5)
 - Standards in der Industrie (4)
 - Effektivität und Effizienz der Standards überprüfen (4)
- ▶ Mehr Bildung / Aufklärung zum Klimaschutz (34)
 - Klimaschutz als Themen in Kitas und Schulen einführen (15)
 - Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimaschutz verstärken und Bewusstseinsbildung fördern (9)
 - Transparenz und Informationen für Verbraucher verbessern (7)
 - Transparenz durch neue Bilanzierungsregeln und Indizes (3)
- ▶ Finanzielle Förderung klimaschützender Maßnahmen (24)
 - Subventionierung erneuerbarer Energien (12)
 - Wärmedämmung von Gebäuden (steuerlich) fördern (3)
 - Regelmäßige Kontrolle der Wirksamkeit von Subventionen und ggf. Anpassung an die neue Situation (3)
 - Klimafreundliche Ernährungsweisen fördern (2)
 - Weitere Förderungen und Subventionen (4)
 - Lokalität fördern, auch durch Besteuerung von auswärtigen Produkten (1)
 - Anreize schaffen für Unternehmen/ Bürger umweltfreundlich zu handeln (1)
 - Stärkere Subventionierung von Infrastrukturmaßnahmen im Sinne des Klima- und Umweltschutzes (1)
 - Förderung klimafreundlicher Technologie: im Bereich Forschung; Förderung beim Marktstart bis Produkt konkurrenzfähig oder eine definitive Frist abgelaufen ist (1)
- ▶ Wirtschaft zu mehr Kooperation ermuntern/ verpflichten (12)
 - Steuern und Abgaben einführen, die Wirtschaft zu Beiträgen zum Green Climate Fund verpflichten (5)
 - Gerechtigkeit und Klimaschutz über das Wirtschaftswachstum stellen (4)
 - Ressourceneffizienz steigern (3)
- ▶ Aktive Klimaschutzpolitik betreiben/ Vorbild sein (12)
 - Ressourceneffizienz steigern (3)
 - Zwang zur internationalen Zusammenarbeit (2)

- Weitere Handlungsrichtlinien und –Vorschläge (5)
 - Entscheidungen für Bürger nachvollziehbar machen (1)
 - Glaubwürdige Bürgerbeteiligung z.B. beim Fracking (1)
 - Nur nachhaltige Energieeinsparungen (1)
 - Sich trauen, in den Verhandlungen Maßnahmen zu vertreten, die national bei der Wählerschaft unpopulär sind (1)
 - Gelder richtig einsetzen, wo es wirklich am wichtigsten ist und nicht für andere Dinge (1)
- ▶ Klimaschädigende Subventionen kürzen/ abschaffen (10)
 - Abbau der Subventionen für fossile Energieträger (6)
 - Subventionen abbauen, die dem Klimaschutz entgegenwirken (4)
- ▶ Weitere Vorschläge (8)
 - Lebensmittelspenden/ -recycling von Supermarktketten fordern statt Müllproduktion in diesem Maße zuzulassen (1)
 - Sommer- und Winterzeit abschaffen (1)
 - Höhere Strafen für Autoraser (1)
 - TTIP ablehnen (1)
 - Waffenindustrie reduzieren (1)
 - Strengere Strafen/ Zettel geben an Personen, die Camping gehen/ spazieren gehen und verschmutzen. Dafür sollte man/ die Polizei beobachten/ kontrollieren, z.B. die „Trinkenden“ wie an der U-Bahn (1)
 - Fachwissen der Praktiker nutzen (1)
 - Erweiterte Infrastruktur (1)
- ▶ Mehr Transparenz in der Klimapolitik (7)
 - CO₂-Fußabdruck von Produkten (4)
 - Politische Entscheidungen nachvollziehbar machen (1)
 - Be- und Entlastung eines Landes transparent machen (2)
- ▶ Strafen und Steuern für Klimasünder einführen (6)
- ▶ Internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz verstärken (6)
- ▶ Klimaforschung fördern (3)
- ▶ Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern fördern (3)
- ▶ Subventionierung klimafreundlicher Produkte (3)
- ▶ Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen sicherstellen (3)

Evaluierung der Veranstaltung

Zum Schluss der Veranstaltung wurden die Teilnehmenden noch gebeten einen Stimmzettel mit Evaluierungsfragen auszufüllen. Insgesamt zeigten sich fast alle Bürgerinnen und Bürger mit der Organisation des WWV-Bürgerdialogs in Deutschland entweder zufrieden (62%) oder sehr zufrieden (28%). Nur 4% gaben an, dass sie nicht zufrieden waren. Jedoch zeigten sich die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer pessimistisch im Hinblick darauf, ob die Ergebnisse von WWV zu Klima und Energie auch einen Einfluss auf die internationalen Klimaverhandlungen haben werden. Zwar äußerte eine Mehrheit (59%) die Hoffnung, dass die WWV-Bürgerdialoge sinnvoll in die politische Entscheidungsfindung eingehen würden. Jedoch widersprach ein Viertel dieser Aussage.

Abbildung 22: Ergebnis zur Frage „Denken Sie, dass die Ergebnisse von WWViews sinnvoll für die politische Entscheidungsfindung auf der Klimakonferenz (COP 21) genutzt werden?“ in Deutschland



Quelle: WWV-Konsortium

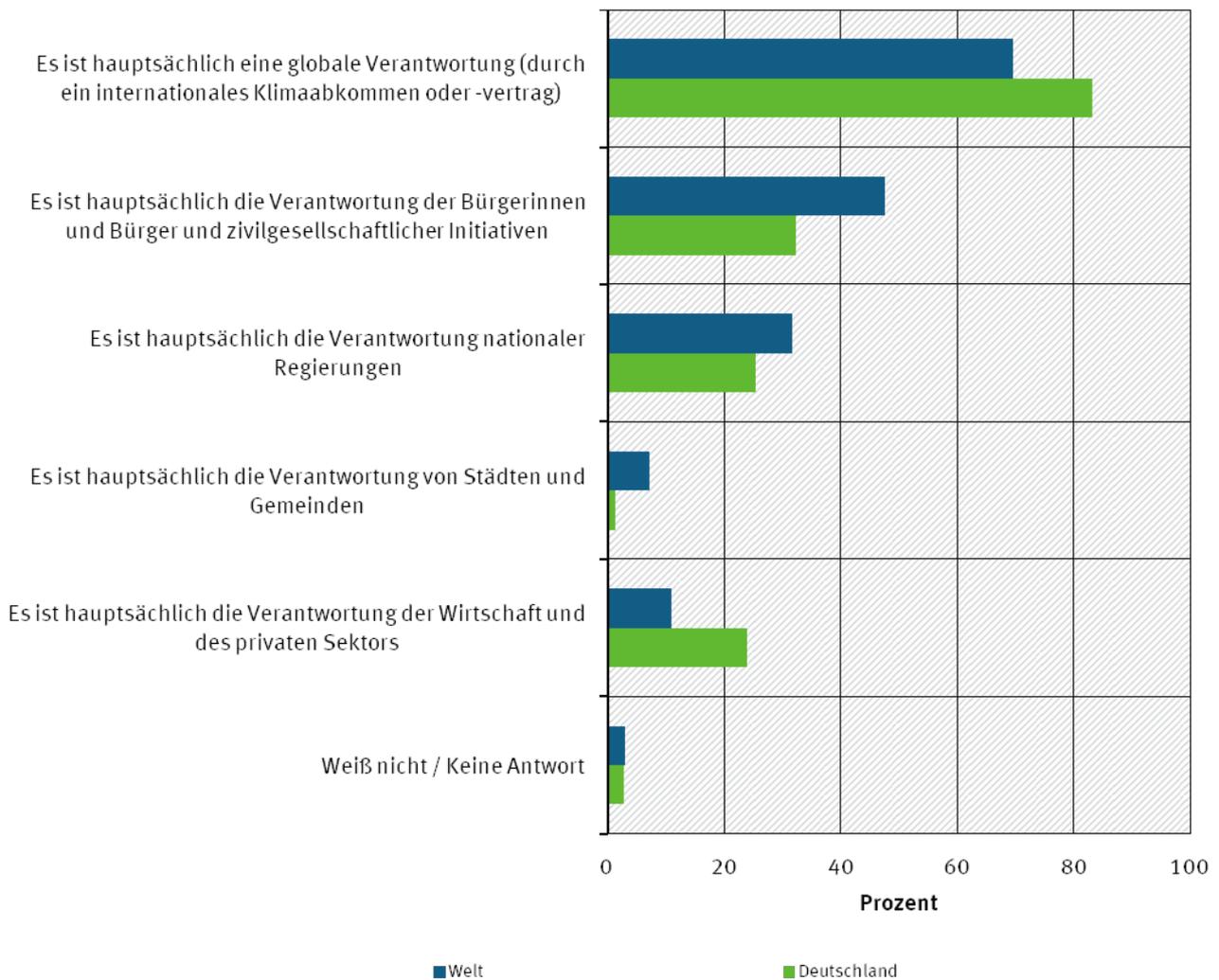
3.4 Vergleich der deutschen und weltweiten Ergebnisse

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am WWV-Bürgerdialog in Berlin lagen mit ihrem Abstimmungsverhalten oft auf einer Linie mit dem globalen Durchschnitt. So sind die Deutschen ähnlich stark wegen den Folgen des Klimawandels besorgt: 72% waren in Deutschland „sehr besorgt“ und 79% weltweit. Mäßig besorgt war jede/r Vierte der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, im globalen Durchschnitt war es jede/r Fünfte.

Dennoch gibt es einige interessante Unterschiede zwischen den deutschen Abstimmungsergebnissen und denen der anderen Bürgerdialoge. So war ein größerer Anteil der Teilnehmenden in Berlin (86%) der Meinung, dass die internationalen Klimaverhandlungen nicht genug zum Klimaschutz beigetragen haben als im weltweiten Durchschnitt (71%). Dennoch sehen die Deutschen die internationale Ebene als sehr wichtig für Klimaschutz an. In Berlin sagten 83%, dass der Klimaschutz hauptsächlich

auf internationaler Ebene stattfinden müsste, weltweit sagten dies auch 70%. Die Zivilgesellschaft, die nationale und die lokale Ebene haben für die Deutschen im weltweiten Vergleich eine geringere Bedeutung. Im Gegensatz dazu sehen die Befragten in Berlin die Wirtschaft stärker in der Pflicht.

Abbildung 23: Ergebnis zur Frage „Wer sollte Ihrer Meinung nach hauptsächlich für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sein?“ in Deutschland und weltweit



Quelle: WWV-Konsortium

In der zweiten Arbeitseinheit wurde u.a. nach den bevorzugten Ansätzen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen gefragt. Hier ist auffällig, dass in Deutschland wesentlich weniger Stimmen (39%) für die Subventionierung CO₂-armer Energieträger abgegeben wurden als im weltweiten Durchschnitt (56%). Dagegen war die Verringerung der Subventionen für fossile Energieträger viel populärer: 38% in Deutschland und 16% weltweit stimmten für diese Option.

Abbildung 24: Ergebnis zur Frage „Welche der folgenden Ansätze bevorzugen Sie für umfangreiche Einschnitte in die Treibhausgasemissionen?“ in Deutschland und weltweit

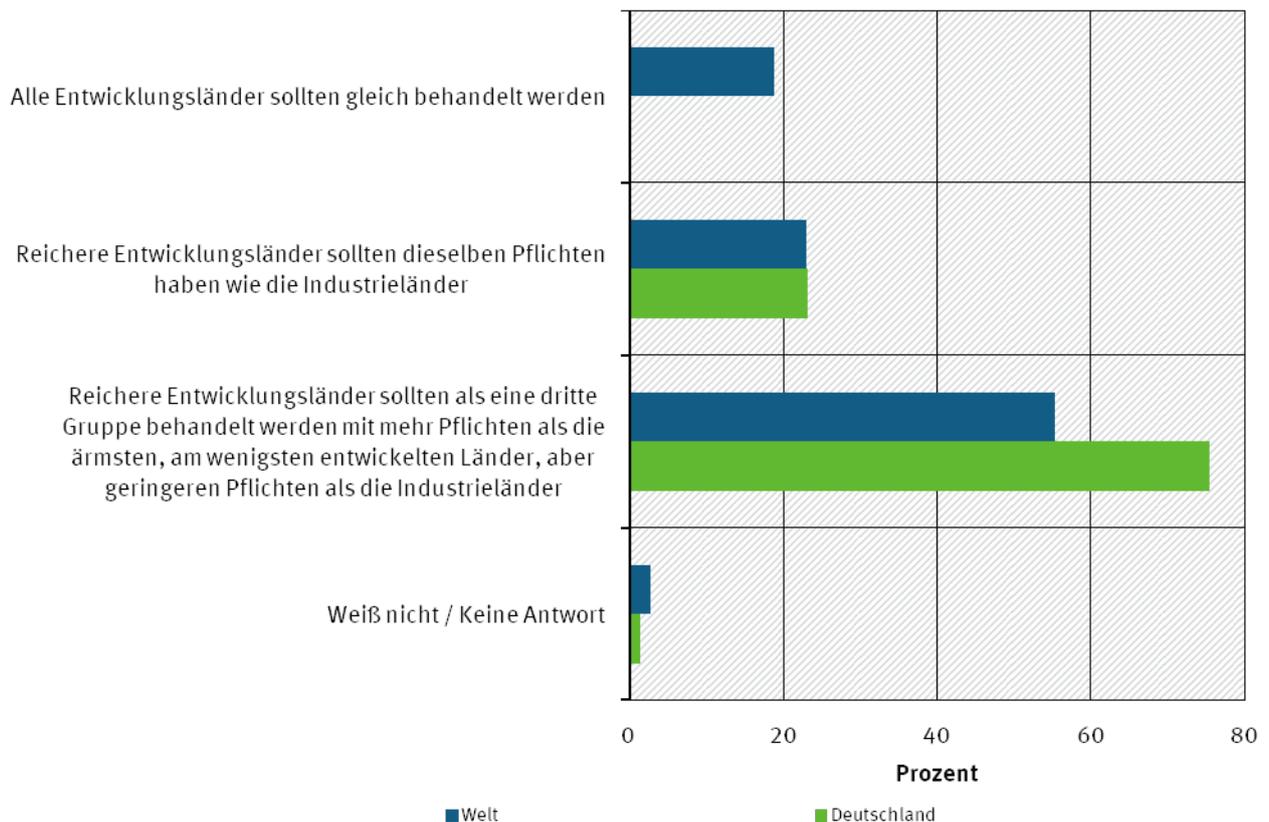
Quelle: WWV-Konsortium

Im Antwortverhalten zu zwei Fragen der vierten Arbeitseinheit, in denen es um die Rolle der Entwicklungsländer beim internationalen Klimaschutz ging, gab es ebenfalls große Unterschiede: Bei der Frage, ob reichere Entwicklungsländer als eine eigene Gruppe behandelt werden sollten, fanden drei Viertel in Deutschland, dass sie mehr Pflichten haben sollten als die ärmsten Länder. Weltweit stimmten dieser Aussage die Hälfte der Teilnehmenden zu. Dass alle Entwicklungsländer gleich behandelt werden sollten fand weltweit ein Fünftel der Befragten, während in Deutschland keine Stimme für diese Antwortoption abgegeben wurde. Jeweils ein Viertel in Deutschland und weltweit

stimmte dafür, dass die reicheren Entwicklungsländer dieselben Pflichten haben sollten wie die Industriestaaten.

Noch größere Unterschiede ergaben sich bei der Frage, ob die Entwicklungsländer ihre Klimaschutzmaßnahmen von der Finanzierung durch die Industrieländer abhängig machen sollten. Während in Deutschland 62% der Befragten von den Entwicklungsländern unabhängig von einer externen Finanzierung Maßnahmen zum Klimaschutz erwarteten, sagten dies im weltweiten Durchschnitt nur 15%. Dagegen fand weltweit ein Fünftel, dass die Entwicklungsländer ihre Beiträge zum Klimaschutz komplett von der Finanzierung durch die Industriestaaten abhängig machen sollten, in Deutschland jede/r Zehnte. Den Mittelweg, dass die Klimaschutzmaßnahmen der Entwicklungsländer teilweise von Geldern der Industriestaaten abhängen sollten, befürwortete in Deutschland ein Viertel der Teilnehmenden, global aber zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger.

Abbildung 25: Ergebnis zur Frage „Sollten alle Entwicklungsländer wie bisher als Gruppe behandelt werden oder sollten reichere Entwicklungsländer mehr tun müssen?“ in Deutschland und weltweit



Quelle: WWV-Konsortium

4 Kommunikation und Dissemination

4.1 Presseecho

International wie auch national haben Medien über die WWV-Bürgerdialoge aufgegriffen. Über den WWV-Prozess wurde unter anderem in Beiträgen im Deutschlandradio Kultur³, und in den Zeitungen Le Monde⁴, The Guardian⁵ und El País⁶ berichtet.

4.2 Gemeinsame Sitzung der parlamentarischen Umweltausschüsse Deutschlands und Frankreichs

Nur wenige Tage nach den weltweiten Bürgerdialogen, am 11. Juni 2015 trafen sich die Umweltausschüsse des Deutschen Bundestages und der französischen Nationalversammlung zu einer gemeinsamen Sitzung in Berlin. Die Abgeordneten beider Länder berieten über die Klima- und Energiepolitik und die bevorstehenden Verhandlungen in Paris. Dabei bekamen Dr. Antoine Vergne von der internationalen WWV-Koordination und das Bundesumweltministerium die Gelegenheit, den Prozess und einige Ergebnisse des Bürgerdialogs vorzustellen. Dies war der Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen, auf denen das Meinungsbild der Bevölkerung den politisch Verantwortlichen nahe gebracht wurde.

4.3 Vorverhandlungen in Bonn

Da die Abstimmungsergebnisse von den einzelnen Bürgerdialogen vor Ort umgehend in das Online-Tool eingegeben wurden, lagen die globalen Ergebnisse bereits nach Ende der letzten Veranstaltung in Arizona vollständig vor. Die Vertreter der internationalen Koordination konnten somit schon während der Vorverhandlungen in Bonn wenige Tage später (8. – 11. Juni) die Ergebnisse präsentieren. Dazu sprachen sie u.a. mit Delegationen verschiedener Staatengruppen, darunter die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder und die Gruppe der afrikanischen Staaten. Darüber hinaus wurde am 10. Juni eine gemeinsame Pressekonferenz mit der Generalsekretärin des Sekretariats der UN-Klimarahmenkonvention Christiana Figueres abgehalten. Die Pressekonferenz wurde live im Internet übertragen und eine Aufzeichnung ist auf der Webseite des UN-Klimasekretariats abrufbar⁷.

Auch während den folgenden Runden der Vorverhandlungen (31. August – 4. September, 19. – 23. Oktober) wurde wiederholt das Projekt und die Ergebnisse vorgestellt. Gespräche fanden dabei bilateral mit den Delegationen einzelner Staaten sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Staatengruppen statt. Darüber hinaus wurden auch zivilgesellschaftliche Organisationen angesprochen. Ziel war es, mit den unterschiedlichen Interessengruppen in einen Dialog zu treten. So sollten die Ergebnisse von WWV nicht nur den nationalen Delegationen auf der COP und den Vorverhandlungsrunden direkt als Input zur Verfügung stehen. Auch die Vertreterinnen und Vertreter anderer wichtigen Stakeholder sollten vom Projekt und den Ergebnissen erfahren und sie in ihren Gesprächen mit den Entscheidungsträgern einfließen lassen.

³ http://www.deutschlandradiokultur.de/world-wide-view-weltweit-aeussern-sich-buerger-zum.2165.de.html?dram:article_id=322207

⁴ http://www.lemonde.fr/climat/article/2015/06/06/climat-citoyens-de-tous-les-pays-exprimez-vous_4648884_1652612.html

⁵ <http://www.theguardian.com/environment/2015/jun/08/paris-talks-must-get-agreement-on-2c-limit-majority-say-in-a-global-survey>

⁶ http://internacional.elpais.com/internacional/2015/06/18/actualidad/1434621757_879380.html

⁷ <http://unfccc6.meta-fusion.com/sb42/events/2015-10-03-15-15-world-wide-views>

4.4 Internationale Konferenzen

Neben den offiziellen Vorverhandlungen zur Pariser Klimakonferenz, bei denen direkt mit den Delegationen der Staaten gesprochen wurde, wurde das Projekt auch auf weiteren internationalen Konferenzen vorgestellt. Am 1. Juli war WWV auf dem World Summit Climate & Territories, einem Treffen von subnationalen und lokalen Regierungen sowie nicht-staatlichen Organisationen, vertreten. Am 19. November wurden Vertreter des Projekts zu seiner Sitzung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Brüssel eingeladen.

4.5 Internationaler Ergebnisbericht

Im Anschluss an die Bürgerdialog-Veranstaltungen und die Präsentation erster Ergebnisse im Rahmen verschiedener COP 21-Aktivitäten erfolgte eine vertiefte Auswertungsphase der Abstimmungsergebnisse auf globaler Ebene. Daraus resultierte der internationale Ergebnisbericht („Results Report“), der am 26. September 2015 im Rahmen einer Veranstaltung am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York vorgestellt wurde. Der Bericht ist auf der Website von WWV abrufbar⁸. Die Langversion ist in englischer und französischer Sprache verfügbar. Darüber hinaus wurden Kurzversionen in den sechs UN-Amtssprachen erstellt.

Die internationale Koordination hat aus den Abstimmungsergebnissen aller Bürgerdialoge zwölf Schlüsselergebnisse destilliert.

Schwerpunkt 1: Ein Aufruf zum Handeln

1. Bürgerinnen und Bürger wünschen sich weltweit, dass sich die Politik auf ambitionierte Klimamaßnahmen festlegt.
2. Bürgerinnen und Bürger fordern eine Minderung der Emissionen bis auf null bis zum Ende des Jahrhunderts.
3. Das Pariser Abkommen der COP 21 muss eine glaubhafte Perspektive zur Begrenzung der Erderwärmung um nicht mehr als 2°C eröffnen.
4. Klimaschutz ist eine Chance zur Verbesserung der Lebensqualität.

Schwerpunkt 2: Gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten

5. Es sollte eine CO₂-Steuer eingeführt und in Erneuerbare Energien investiert werden.
6. Die „Nord-Süd-Kluft“ schließt sich.
7. Staaten sollten Verantwortung gemäß ihrer Fähigkeiten und Emissionen übernehmen.
8. Alle Länder müssen Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen ergreifen.

Schwerpunkt 3: Klimafinanzierung

9. Der private Sektor sollte signifikant zur Klimafinanzierung beitragen.
10. Länder mit hohem Einkommen sollten ihre Zusagen zur Klimafinanzierung anheben.

Schwerpunkt 4: Bürgerbeteiligung

11. Bürgerinnen und Bürger wollen aktiv zur Verringerung von Treibhausgasemissionen beitragen.
12. Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass sie sich an klimapolitischen Entscheidungen beteiligen können.

⁸ <http://climateandenergy.wwviews.org/publications/>

Zeitgleich zur Generalversammlung der Vereinten Nationen organisierte die Ständige Vertretung Frankreichs bei der UN zusammen mit dem Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention eine zweistündige Diskussionsveranstaltung. Neben Vertretern der internationalen Koordination von WWV nahmen an der Veranstaltung hochrangige Vertreter/innen wichtiger Stakeholder teil, z.B. Ségolène Royal, französische Ministerin für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Energie, und Jean-Pascal van Ypersele, ehemaliger Vize-Vorsitzender der Arbeitsgruppe II des IPCC in 2007. Die Veranstaltung wurde live im Internet übertragen. Eine Aufzeichnung kann auf dem Online-Portal „UN WEB TV“ der Vereinten Nationen abgerufen werden⁹. Das Sekretariat der Klimarahmenkonvention hat den internationalen WWV-Ergebnisbericht an alle Delegationen der Vertragsstaaten verteilt.

4.6 COP 21 in Paris

Der Höhepunkt des Projekts stellte die Klimakonferenz in Paris vom 30. November bis 12. Dezember 2015 dar. WWV zu Klima und Energie organisierte vier eigene Veranstaltungen auf dem Konferenzgelände. Es wurden nicht nur die Ergebnisse der Bürgerdialoge vom 6. Juni 2015 auf mehreren Side-Events vorgestellt und diskutiert. Vorausblickend wurden auch die Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei zukünftigen internationalen Verhandlungen nicht nur im Bereich des Klimaschutzes erörtert. Daneben waren Vertreter des WWV-Koordinationssteams auch zu zahlreichen weiteren Veranstaltungen und Besprechungen eingeladen. Sie waren etwa als Redner zur Rolle der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsfindungsprozessen auf lokaler und internationaler Ebene gefragt.

Über den Beitrag u.a. aus Deutschland wurde beispielsweise auf einem Side-Event am 4. Dezember auf einer Podiumsdiskussion berichtet, an der auch die Vorsitzende des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages, Bärbel Höhn, teilnahm. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „How to implement the Paris agreement with the citizens?“

5 Rückblick: Vergleich WWV-Themen und Pariser Klimaabkommen

Wie in Kapitel 3.1.1 beschrieben, wurde bei der Konzeption von WWV zu Klima und Energie sehr darauf geachtet, dass die Diskussionsthemen und Abstimmungsfragen in engem Bezug zur Pariser Klimakonferenz stehen. Dazu wurde mit vielen Stakeholdern das Gespräch gesucht, um die wichtigsten Verhandlungsthemen zu identifizieren. Im Nachhinein lässt sich feststellen, dass dieser Prozess sehr gut funktioniert hat. Viele der wichtigen Ergebnisse, die im Pariser Klimaabkommen festgeschrieben wurden, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den WWV-Bürgerdialogen am 6. Juni 2015 miteinander diskutiert. In einigen Punkten kommt das neue Klimaabkommen den Meinungen der Bürgerinnen und Bürger entgegen. In anderen Punkten zeigen sich dagegen größere Unterschiede.

Dekarbonisierung bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts

So sagten im Juni 2015 fast zwei Drittel der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger weltweit, dass die Weltgemeinschaft in Paris alles Notwendige beschließen sollte, um den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf höchstens 2°C zu begrenzen. Das Pariser Klimaabkommen spiegelt diese Forderung wider: Es wurde nicht nur die 2°C-Obergrenze bekräftigt, sondern auch festgehalten, dass die Staaten sich bemühen sollen den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen¹⁰. Dieses Ergebnis stand im Zusammenhang mit der WWV-Frage, ob es als ein langfristiges Ziel vereinbart

⁹ <http://webtv.un.org/meetings-events/other-meetingevents/watch/debating-the-world-wide-views-results-and-mobilizing-citizens-for-climate-action/4512168667001>

¹⁰ Artikel 2, Paragraph 1(a) der Vereinbarung von Paris (FCCC/CP/2015/10/Add.1)

werden sollte, die globalen Treibhausgasemissionen bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf null zu verringern. Zwei Drittel der WWV-Teilnehmenden plädierten für ein solches Ziel, das für alle Staaten der Welt verbindlich sein sollte. Ein knappes Fünftel sprach sich dafür aus, diese Vorgabe nur für Industrieländer verbindlich zu machen und jede/r Zehnte wollte dieses Ziel für alle Staaten unverbindlich festhalten. Nur 2% der Befragten lehnten ein Null-Emissions-Ziel bis 2100 komplett ab. In dieser Hinsicht ist der neue Klimavertrag ein Erfolg im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Der Vertrag sieht vor, dass weltweit die Nettoemissionen von Treibhausgasen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf null sinken sollen¹¹.

Während der fünften Themenrunde diskutierten die Bürgerinnen und Bürger miteinander über einige konkrete Bestimmungen eines potenziellen Klimaabkommens. In Paris einigte sich die Staatengemeinschaft darauf ihre Klimaschutzmaßnahmen zukünftig alle fünf Jahre zu überprüfen und zu aktualisieren. Dabei dürfen sie jedoch nicht hinter einmal abgegebene Zielmarken zurück fallen¹². Auf diese Weise wollen die Staaten im Zeitverlauf auf einen Emissionspfad einschwenken, mit dem sie die gesetzten Temperaturziele und das Null-Emissions-Ziel erreichen können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der WWV-Bürgerdialoge im Juni 2015 sprachen sich mit 92% für die Einführung eines solchen regelmäßigen Überprüfungsmechanismus aus.

Überprüfung der Klimaschutzmaßnahmen

Ein strittiger Punkt der Klimaverhandlungen war die Diskussion über Kontrollbefugnisse auf Ebene der UN bzw. der Staaten. Auf den WWV-Bürgerdialogen wurde dazu gefragt, ob die UN das Recht bekommen sollte Klimaschutzmaßnahmen der einzelnen Staaten zu überprüfen und zu bewerten. 62% der Teilnehmenden stimmte dem zu, jede/r Dritte war der Meinung, dass nicht die individuellen Leistungen einzelner Staaten, dafür aber die globalen Maßnahmen für den Klimaschutz und die Klimaanpassung im Ganzen bewertet werden sollten. Nur 3% sprachen sich gegen jegliche Form der Überwachung und Überprüfung aus. Eine andere Möglichkeit wäre auch die gegenseitige Kontrolle durch die Staaten untereinander. Jede/r Zweite fand, dass jeder Staat das Recht haben sollte andere Staaten zu kontrollieren und deren Aktivitäten zum Klimaschutz zu bewerten. Ein Drittel wollte ein solches Kontrollrecht nur den Geberländern von Klimaentwicklungshilfe gegenüber den Nehmerländern zugestehen. Gegen jede Form der Kontrolle durch einzelne Staaten sprach sich ein Fünftel aus. Das Klimaabkommen von Paris enthält keine solchen Kontrollrechte – weder für die UN oder eine andere internationale Organisation noch für einzelne Staaten.

Dagegen konnte sich die Staatengemeinschaft im Abkommen auf einen Transparenzrahmen einigen, der in den nächsten Jahren im Detail ausgearbeitet wird¹³. Ziel ist es die Anstrengungen zur Bekämpfung und Anpassungen an den Klimawandel transparent darzustellen. Die Teilnehmenden wünschten sich größtmögliche Transparenz im globalen Klimaschutz. Die Frage, ob die „Länder jährliche Berichte über ihre Emissionen veröffentlichen und über den Fortschritt über die Einhaltung ihrer Zusagen für Klimamaßnahmen berichten [sollten]“, bejahten sie fast einstimmig. 90% sagten, dass diese Pflicht für alle Staaten gelten sollte und weitere 8% waren der Meinung, dass nur die Industrieländer dazu verpflichtet werden sollten. Ob sich deren Erwartungen erfüllen, wird sich erst zeigen, wenn die konkreten Regeln ausgearbeitet worden sind.

¹¹ Artikel 4, Paragraph 1 der Vereinbarung von Paris (FCCC/CP/2015/10/Add.1)

¹² Artikel 4, Paragraph 3; Artikel 14, Paragraphen 1 und 2 der Vereinbarung von Paris (FCCC/CP/2015/10/Add.1)

¹³ Artikel 15 der Vereinbarung von Paris (FCCC/CP/2015/10/Add.1)

Verhältnis von Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern

Die Einteilung der Staaten in Industrie- und Entwicklungsländer, wie sie in der UN-Klimarahmenkonvention festgeschrieben ist, ist oft kritisiert worden. Bei WWV zu Klima und Energie wurden die Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Meinung danach befragt. Ein Fünftel sprach sich dafür aus, im Hinblick auf ihre Verpflichtungen zum Klimaschutz alle Entwicklungsländer wie bisher gleich zu behandeln. Dem entgegen sagte ein Viertel, dass die reicheren Entwicklungsländer dieselben Pflichten auferlegt bekommen sollten wie die Industriestaaten. Der Mittelweg, dass die Schwellenländer zwar zu stärkeren Anstrengungen zum Klimaschutz verpflichtet werden sollten als die anderen Entwicklungsländer aber mit weniger Pflichten als die Industriestaaten, fand mit 55% eine Mehrheit auf den Bürgerdialogen. Im Pariser Klimaabkommen wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Klimarahmenkonvention weiterhin gültig bleibt und damit auch das Prinzip der „gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten“. Nun sind aber nach dem Pariser Abkommen auch die „nationalen Gegebenheiten“¹⁴ stärker zu berücksichtigen, die sich im Laufe der Zeit verändern und damit auch zu mehr Verantwortung führen können. Damit scheint zumindest die Grundlage für den von den Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich unterstützten Mittelweg gelegt worden zu sein.

Klimafinanzierung

Die Beibehaltung bzw. Aufweichung der Differenzierung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wurde kontrovers diskutiert, da der Status für die einzelnen Staaten jeweils weitreichende finanzielle Folgen impliziert. Bisher sind nur die Industriestaaten verantwortlich, die anderen Staaten finanziell bei ihren Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen. In der Vergangenheit haben sich die reichen Industriestaaten dazu verpflichtet ihre Klimaentwicklungshilfe bis zum Jahr 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar anzuheben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den WWV-Bürgerdialogen wurden gefragt, ob sie es befürworteten würden diese Zahlungen für die darauffolgenden Jahre weiter zu steigern. Mit „ja“ votierten vier von fünf der Befragten. Nur 13% lehnten eine höhere Zahlungsverpflichtung für die Industriestaaten ab. Im neuen Abkommen von Paris verpflichteten sich die Industrieländer ihre bisherige Zusagen in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2025 zu verlängern. Für die Zeit danach soll es ein neues Zahlungsziel geben, das dann mehr als 100 Milliarden US-Dollar betragen soll¹⁵. Dabei ist bei jetzigem Stand nicht abzusehen, wie hoch die Klimafinanzierung dann ausfallen wird. Die Entwicklungs- und Schwellenländer werden ermutigt, sich ebenfalls finanziell zu beteiligen¹⁶.

Der Grüne Klimafonds (Green Climate Fund) ist ein Instrument, mit dem Staaten ihre Verpflichtung zur Zahlung von Unterstützungsgeldern zum Klimaschutz nachkommen können. Die Entwicklungsländer werden mit den vom Fonds eingesammelten Geldern bei ihren Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen finanziell unterstützt. Die Bürgerinnen und Bürger fanden mit Dreiviertel-Mehrheit, dass nicht nur die Industriestaaten, sondern auch reichere Entwicklungsländer in den Fonds einzahlen sollten. Jede/r Fünfte war jedoch der Meinung, dass nur die Industriestaaten einen Beitrag leisten sollten.

Der in Paris beschlossene Weltklimavertrag enthält mittel- und langfristiger Ziele, wie die Temperaturerhöhung weit unter 2°C mit Aussicht auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu be-

¹⁴ Artikel 2, Paragraph 2 der Vereinbarung von Paris (FCCC/CP/2015/10/Add.1)

¹⁵ Entscheidung 1/CP.25, Paragraph 54

¹⁶ Artikel 9, Paragraph 2 der Vereinbarung von Paris (FCCC/CP/2015/10/Add.1)

grenzen. Die Bürgerinnen und Bürger hätten sich darüber hinaus noch konkrete, kurzfristige Zielsetzungen gewünscht. 71% der Befragten befürworteten verbindliche nationale Ziele für alle Länder. Weitere 14% sprachen sich ebenfalls dafür aus, jedoch hätten sie nur für die Industriestaaten verbindlich sein sollen. Dass die Entscheidung über kurzfristige Zielmarken freiwillig und jedem Land selbst überlassen sein sollte, sagte ein Zehntel der WWV-Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

6 Fazit: Der World Wide View-Prozess als ein Instrument der (internationalen) Bürgerbeteiligung

Am 6. Juni 2015 fand in Berlin ein erfolgreicher Bürgerdialog statt, an dem sich über 70 Bürgerinnen und Bürger aus allen Altersklassen (ab 18 Jahre) und unterschiedlicher Hintergründe beteiligten. Auf diese Weise hat Deutschland einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass das bislang weltweit größte Beteiligungsverfahren zu einem Erfolg werden konnte. Viele, wenn auch nicht alle von den Teilnehmenden mehrheitlich unterstützten Positionen spiegeln sich im Abkommen von Paris wider (vgl. Kapitel 5) und so kann gesagt werden, dass WWV zu Klima und Energie einen Beitrag zum positiven Abschluss des Pariser Abkommens geleistet hat.

Darüber hinaus hat die Veranstaltung dazu beigetragen, Bürgerinnen und Bürger für die Themen Energie, Klimawandel und Klimaschutz zu sensibilisieren. Insbesondere in der letzten, auf Deutschland bezogenen Arbeitseinheit wurden sie dazu angeregt, über eigene Möglichkeiten des Handelns nachzudenken. Hier zeigte sich, dass beim Konsum und bei der Verkehrsmittelwahl ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann. Weiterhin wurden die Teilnehmenden auch gebeten, Anregungen für die künftige Ausgestaltung der Klimapolitik zu geben. Dabei wurde die Relevanz von verbindlichen Normen und Standards betont, besonders im Verkehrsbereich, aber auch mehr Bildung und Aufklärung gewünscht.

Dass die Ergebnisse von der deutschen Politik wahrgenommen wurden, konnte u.a. durch deren interne Verbreitung im UBA und BMUB sowie durch Präsentationen im Umweltausschuss und auf einer Diskussionsveranstaltung mit dessen Vorsitzenden während der COP 21 sichergestellt werden.

Mit dem internationalen Prozess wurden annähernd 10.000 Menschen durch ihre Teilnahme an den Bürgerdialogen persönlich erreicht und in einen weltweiten Klimadialog eingebunden. Ihre Ansichten und Meinungen wurden in zusammengefasster Form den Delegationen und anderen zentralen Stakeholdern und Klima-Akteuren als Input mit auf den Weg nach Paris gegeben. Die Präsentationen und persönlichen Gespräche machten deutlich, dass es wichtig war, zunächst eine Vertrauensgrundlage zu schaffen. Vertrauen in die Ergebnisse des WWV-Prozesses konnte zum einen durch die gut durchdachte methodische Vorgehensweise erlangt werden, zum anderen spielte die Neutralität der Durchführungsträger (keine große Nichtregierungsorganisationen aus dem Umweltbereich, keine politischen Mandatsträger) eine wichtige Rolle. Damit die Methode auf allen Bürgerdialogen einheitlich angewandt werden konnte, wurden die sorgfältig ausgewählten nationalen Partnerorganisationen sowohl in Workshops als auch in mehreren Online-Seminaren geschult. Von der internationalen Koordination wurden außerdem die inhaltlichen Grundlagenmaterialien erstellt (Informationsbroschüre und –videos, Abstimmungsfragen) und an die Partner abgegeben sowie mit dem Online-Tool ein einheitlicher Zugang zu den Ergebnissen geschaffen.

Die Aufgaben bei der Verbreitung und Kommunikation der Ergebnisse teilten sich die Partner der internationalen Koordination und die lokalen Partner. So wurden von Missions Publiques und DBT die Ergebnisse aufbereitet und auf der internationalen Ebene vorgestellt, z.B. auf den Vorverhandlungen in Bonn und am Rande der UN-Generalversammlung in New York. Die lokalen Partner bemühten sich währenddessen, die Ergebnisse ihrer Bürgerdialoge und das globale Ergebnis in ihren Ländern zu präsentieren und zu verbreiten, insbesondere bei den nationalen Entscheidungsträgern.

Der Erfolg von WWV on Climate and Energy 2015 hat dazu beigetragen, die Methode als Möglichkeit der weltweiten Bürgerbeteiligung international bekannt zu machen. So gibt es beispielsweise Sondierungsgespräche mit Marokko, um die nächste COP durch WWV als bewährte Methode der Bürgerbeteiligung vorzubereiten und zu begleiten.

Die wissenschaftlich geprüften Informationsmaterialien, der Vertrauensaufbau durch wiederkehrenden und vertieften Austausch mit Akteuren auf der politischen Ebene und der Austausch mit Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken haben zudem zu einer verstärkten Würdigung und Anerkennung des Souveräns, d.h. der Bürgerinnen und Bürger als die vom Klimawandel betroffenen, geführt. So haben die Gespräche mit Verantwortlichen im Sekretariat der Klimarahmenkonvention wie auch auf der nationalen Ebene verschiedener Länder deutlich gemacht, dass es ein Interesse gibt, den Aspekt der Partizipation zu stärken. In Artikel 12 des Pariser Abkommens wurde zwar die Bedeutung der „Beteiligung der Öffentlichkeit“ in der Klimapolitik festgehalten, jedoch wird darin Partizipation weder verbindlich festgeschrieben noch inhaltlich weiter konkretisiert. Vor diesem Hintergrund fordert die WWV-Allianz die Regierungen auf, das Schlagwort der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht auf Konsultationen etwa mit Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbänden zu reduzieren. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, die keiner solchen Organisation angehören bzw. sich nicht von ihnen vertreten fühlen, d.h. die nicht-organisierte Zivilgesellschaft, sollte weiterhin ermöglicht und ausgebaut werden. Dies gilt beispielsweise auch für die Formulierung und Ausgestaltung der nationalen Maßnahmen zur Umsetzung des globalen Rahmenvertrags. Hier könnte ein breit angelegter nationaler Beteiligungsprozess beratend dazu beitragen, realistische klimapolitische Prioritäten zu setzen und konkrete Maßnahmen zu entwerfen und als Vorschläge in den politischen Prozess einzubringen. Ein Beispiel ist die mehrheitlich gewünschte Einführung eines CO₂-Preises sowohl in Deutschland wie auch weltweit. Wichtig ist dabei, dass das Beteiligungsangebot ernst gemeint ist und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und ergebnisoffen eingebunden werden, damit sie die Chance erhalten, einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

7 Quellenverzeichnis

- Danish Board of Technology, Missions Publiques, Commission nationale du débat public (2015). World Wide Views on Climate and Energy: From the World's Citizens to the Climate and Energy Policymakers and Stakeholders. http://climateandenergy.worldviews.org/wp-content/uploads/2015/09/WWviews-Result-Report_english_low.pdf. Aufgerufen am 04.03.2016.
- Howard, Emma (08.06.2015): The Guardian, Do 'whatever it takes' for a deal, says majority in global climate survey. <http://www.theguardian.com/environment/2015/jun/08/paris-talks-must-get-agreement-on-2c-limit-majority-say-in-a-global-survey>. Aufgerufen am 04.03.2016.
- Krause, Suzanne (10.06.2015): Deutschlandradio Kultur, World Wide View: Weltweit äußern sich Bürger zum Klimagipfel. http://www.deutschlandradiokultur.de/world-wide-view-weltweit-aeussern-sich-buerger-zum-2165.de.html?dram:article_id=322207. Aufgerufen am 04.03.2016.
- Planelles, Manuel (18.06.2015): El País, La Iglesia abraza la evidencia científica. http://internacional.elpais.com/internacional/2015/06/18/actualidad/1434621757_879380.html. Aufgerufen am 04.03.2016.
- Roger, Simon (06.06.2015): Le Monde, Climat: citoyens de tous les pays, exprimez-vous! http://www.lemonde.fr/climat/article/2015/06/06/climat-citoyens-de-tous-les-pays-exprimez-vous_4648884_1652612.html. Aufgerufen am 04.03.2016.
- UN WEB TV (26.09.2015): Debating the World Wide Views Results and Mobilizing Citizens for Climate Action. <http://webtv.un.org/meetings-events/other-meetingsevents/watch/debating-the-world-wide-views-results-and-mobilizing-citizens-for-climate-action/4512168667001>. Aufgerufen am 04.03.2016.
- United Nations Framework Convention on Climate Change (10.06.2015): World Wide Views: Bonn Climate Change Conference - June 2015. <http://unfccc6.meta-fusion.com/sb42/events/2015-10-03-15-15-world-wide-views>. Aufgerufen am 04.03.2016.